



Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton mit den (damaligen) ukrainischen Oppositionellen Witali Klitschko (Udar) und Arseniy Yatsenyuk (Batkiwschtschina). Foto: Europäische Union

Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie

Neoliberales Assoziationsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte

von Jürgen Wagner

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1. Globale Ambitionen und expansionistische Strategien | 3 |
| 2. Imperiale Nachbarschaftspolitik und neoliberales Assoziationsabkommen | 5 |
| 3. Geopolitische Dimension und militärisches Assoziationsabkommen | 8 |
| 4. Neue deutsche Weltmachtspolitik und innerimperialistische Reibereien | 10 |
| 5. „Ernüchterung, Protest und soziale Unruhen“ | 12 |
| Anmerkungen | 16 |

Mit seiner Entscheidung im November 2013, das über viele Jahre ausverhandelte Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union auf Eis zu legen, hatte sich der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch mächtige Feinde in Washington, aber auch in Brüssel und insbesondere in Berlin gemacht. Umgehend setzte eine Eskalationsspirale ein, die zum Sturz des Präsidenten und der schwersten Krise zwischen dem Westen und Russland seit Ende des Kalten Krieges führte. Dass sich diese Konflikte ausgerechnet an der Ablehnung eines Assoziationsabkommens entzündeten, ist allerdings beileibe kein Zufall, denn bei ihnen handelt es sich um ein Kernelement der aktuellen Expansionsstrategie der Europäischen Union¹, wie im Folgenden allgemein und besonders mit Blick auf die Ukraine dargestellt werden soll.

Hierfür wird zunächst aufgezeigt, dass der Aufstieg zu einem ernst zu nehmenden globalen Akteur – gar einer „Weltmacht EUropa“ – aus Sicht der Eliten eine hohe Priorität hat und hierfür die vorherige Ausweitung des EU-Einflussgebietes für zwingend notwendig erachtet wird. Zunächst wurde dies erreicht, indem durch die 2004 im Wesentlichen abgeschlossene EU-Osterweiterung neue Mitglieder in die Europäische Union aufgenommen wurden. Aus verschiedenen Gründen war diese Herangehensweise jedoch nicht wiederholbar, weshalb schon früh die Suche nach einer neuen Expansionsstrategie begann (Kapitel 1).

Als Lösung wurde die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP) ins Leben gerufen, die auf eine „Expansion ohne Erweiterung“ abzielt. Ohne eine realistische Beitrittsperspektive einzuräumen, wird dabei auf die neoliberale Öffnung und die Eingliederung der Nachbarstaaten in eine großeuropäische Wirtschaftszone abgezielt, worüber auch gleichzeitig westeuropäischen Konzernen Rohstoffe, vor allem aber neue Investitions- und Absatzmärkte sowie verlängerte Werkbänke erschlossen werden sollen. Das wichtigste Mittel, um dies zu bewerkstelligen, stellt der Abschluss eines Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Union und dem jeweiligen Nachbarland dar. Auch mit der Ukraine wurde eine solche Vereinbarung ausgehandelt, die bei detaillierter Betrachtung wirtschaftlich eine extreme Schiefelage zugunsten der Europäischen Union aufweist. Da hierdurch gleichzeitig westeuropäische Konzerne in ganz erheblichem Ausmaß begünstigt werden², war die Ablehnung des Abkommens durch die Janukowitsch-Regierung allein schon deshalb aus Sicht der Europäischen Union hochgradig ärgerlich (Kapitel 2).

Verschärfend kam aber noch hinzu, dass der Abschluss eines Assoziationsabkommens nicht nur weitreichende ökonomische Konsequenzen nach sich zieht. Faktisch handelt es sich hierbei nämlich auch um die Entscheidung über einen (peripheren) Beitritt zu einem Machtblock – nämlich der Europäischen Union. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Konflikte zwischen der Europäischen Union und Russland bzw. der von Moskau initiierten Zollunion (ab 2015: „Eurasische Wirtschaftsunion“) musste die EU-Expansionsstrategie in den Nachbarschaftsraum spätestens in einem Land mit der immensen geopolitischen Bedeutung der Ukraine früher oder später zu schweren Konflikten führen. Es ist diese zweite, geopolitische Dimension des Assoziationsabkommens, das zudem die Integration der Ukraine in die EU-Militärstrukturen vorantreibt, die erklärt, weshalb die Auseinandersetzungen in dem Land – von beiden Seiten wohlgerichtet – mit derart harten Bandagen ausgetragen werden: „Sichtbar geht es um Visa, Handel und Fördergeld aus Brüssel, unsichtbar um Geopolitik. [Beim] Assoziationsabkommen EU-Ukraine [steht] mehr auf dem Spiel [...] als Handel und Wandel. Es geht um die Seele der Ukraine und die Machtgeometrie Europas.“³ (Kapitel 3)

Dabei deckt sich das Europäische Bestreben, sich möglichst große Teile der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre einzuverleiben, mit dem Interesse der Vereinigten Staaten, hierüber einen machtpolitischen Wiederaufstieg Russlands dauerhaft verhindern zu wollen. Dadurch sollte jedoch nicht der Eindruck entstehen, die Interessen auf beiden Seiten des Atlantiks wären notwendigerweise stets deckungsgleich. Noch weniger sind es allein die USA, die hier die westliche Politik bestimmen, wie teils fälschlich angenommen wird. Dies zeigt sich auch und gerade anhand der Ukraine-Politik der Bundesregierung, die hierzulande als eine Art Testlauf für den seit einiger Zeit seitens der deutschen Eliten vehement eingeforderten Anspruch auf eine Rolle als Weltmacht gilt. Und in der Tat wurde der unter Gewaltandrohung erfolgte Putsch seitens der Bundesregierung massiv unterstützt (und dabei auch bewusst faschistische Kräfte mit hofiert) und dabei versucht, mit dem ehemaligen

Box-Weltmeister Vitali Klitschko einen deutschen Klienten an die Macht zu bringen. Die USA wiederum hatten hieran kein Interesse und wollten ihnen nahestehende Kräfte an den Schalthebeln in Kiew wissen, was zu teils heftigen innerimperialistischen Reibereien führte. Während es dabei zunächst den Anschein hatte, als hätten sich die USA hier auf ganzer Linie durchgesetzt, gelang Vitali Klitschko bzw. Deutschland kurz darauf ein machtpolitisches Comeback (Kapitel 4).

Nachdem rechtsradikal-anti-russische und pro-europäische Gruppen die Führung der Maidan-Protesten in Kiew übernahmen, spielten die anfangs teils durchaus auch progressiven Forderungen – insbesondere nach einem Ende der Oligarchenherrschaft und einer Verbesserung der Lebensbedingungen – schnell keine Rolle mehr. Stattdessen begaben sich sowohl die – unter substanzieller Beteiligung faschistischer Kräfte – an die Macht gebrachte Putschregierung als auch der am 25. Mai 2014 gewählte Präsident Petro Poroschenko direkt auf Konfrontationskurs mit Russland. Parallel dazu biederten sie sich der Europäischen Union regelrecht an, weshalb folgerichtig schon am 21. März 2014 die politischen und am 27. Juni 2014 dann auch die handelsrelevanten Passagen des Assoziationsabkommens unterzeichnet wurden. Doch weiterhin lehnt besonders im Südosten des Landes eine Mehrheit der Bevölkerung die faktische Eingliederung ihres Landes in die Europäische Einflusszone ab und rebelliert – unterstützt von Russland – gegen die Kiewer Machthaber. Während daraufhin sowohl unter der Putschregierung als auch unter Poroschenko versucht wurde, den Aufstand gewaltsam niederzuschlagen, wurden gleichzeitig die Herrschaft der Oligarchen sogar noch gestärkt und auf Druck des Internationalen Währungsfonds umfassende Kürzungsmaßnahmen eingeleitet, die die ohnehin schon arme Bevölkerung schwer treffen werden. Deshalb bereiten sich die neuen Machthaber in Kiew nun mit tatkräftiger westlicher Unterstützung nicht nur darauf vor, die Aufstände in den pro-russischen Gebieten niederzuschlagen, sondern notfalls auch darauf – unterstützt durch eine Ende Juni 2014 beschlossene EU-Polizeimission – Sozialprotesten in anderen Landesteilen gewaltsam zu begegnen (Kapitel 5).

Vor diesem Hintergrund steht zu befürchten, dass die Ukraine auf unabsehbare Zeit als Schauplatz und Spielball des Machtgerangels zwischen dem Westen und Russland wird erhalten müssen. Eine dauerhafte Neutralität und umfassende Reformen – zuvorderst etwa eine starke Föderalisierung, die Entmachtung und massive Besteuerung der Oligarchen sowie neu aufgelegte Sozialprogramme – könnten einen Weg aus der Krise weisen. Und genau unter diesem Gesichtspunkt zeigt sich bei aller teils berechtigter Kritik an Russland, dass es der Westen ist, der hier einer Konfliktlösung im Wege steht. Im Gegensatz zu Moskau will man dort von einer Neutralität der Ukraine aktuell nichts wissen und auch die sozial- bzw. wirtschaftspolitischen Rezepte sprechen Bände, betrachtet man etwa Aussagen wie die von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble: „Wenn wir an den Punkt kommen, wo wir die Ukraine stabilisieren müssen, können wir auf die Erfahrungen mit Griechenland zurückgreifen.“⁴ Was dies konkret bedeutet, führte etwa Alexis Tsipras, der Vorsitzende der griechischen Oppositionspartei Syriza, aus: „Die Bürger der Ukraine sollten sich darüber klar werden, dass jene, die sich Erretter nennen, in Wirklichkeit eher Henker und Mörder sind. [...] Das Volk der Ukraine muss wissen, was in den letzten vier Jahren Griechenland ergangen war: Der IWF, die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank haben das griechische Volk sozial geplündert.“⁵

1. Globale Ambitionen und expansionistische Strategien

Immer unverhohlener artikulieren einflussreiche Exponenten der europäischen Politik den Anspruch, im globalen Gerangel um Macht und Einfluss an vorderster Front mitspielen zu wollen. So schreibt etwa das sozialdemokratische EU-Aushängeschild Martin Schulz: „Europa ist, ob es will oder nicht, ein ‘global player‘. Die EU ist der größte und reichste Binnenmarkt der Welt, unsere Wirtschaftskraft macht ein Viertel des globalen Bruttosozialproduktes aus. Die EU ist der weltweit größte Handelsblock, der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfe – die EU ist ein Wirtschaftsriese. Globale wirtschaftliche Macht geht Hand in Hand mit weltpolitischer Verantwortung – diesem Auftrag kann sich Europa nicht entziehen. Europas Partner erwarten – zu Recht – dass Europa sich dieser Verantwortung stellt und aus der Wirtschaftssupermacht auch eine weltpolitische Supermacht wird.“⁶ Ins selbe Horn bliesen auch nahezu sämtliche Europaparlamentarier, die mit großer Mehrheit einen Entschließungsantrag verabschiedeten, in dem die Rolle als Globalmacht sogar zur zentralen „Berufung“ der Europäischen Union auserkoren wurde: „Das Europäische Parlament [...] betont, dass die Europäische Union dazu berufen ist, international als globaler politischer Akteur aufzutreten, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit zu fördern, die Interessen der Europäischen Union in der Welt zu schützen und die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten.“⁷

So fest solche Großmachtphantasien im Denken der EU-Eliten verankert sind, so sicher ist man sich auch über die hierfür notwendige Strategie. Vor dem Aufstieg zur Weltmacht gilt es, den eigenen Hinterhof – den Nachbarschaftsraum – fest unter Kontrolle zu bringen, so die einhellig vertretene Meinung. In diesem Sinne äußerte sich etwa der polnische Außenminister – und Hardliner in Sachen EU-Ukraine-Politik – Radek Sikoski: „Wenn die EU eine Supermacht werden will – und Polen befürwortet dies –, dann benötigt sie die Kapazitäten, um Einfluss in der Nachbarschaft ausüben zu können.“⁸ Auch die im Auftrag Italiens, Polens, Spaniens und Schwedens erstellte „European Global Strategy“ kommt zu dem Ergebnis: „Der weltweite Einfluss der Europäischen Union wird in zunehmendem Maße durch ihre Handlungen in ihrer strategischen Nachbarschaft bestimmt.“⁹

Allerdings sind derlei Ambitionen natürlich keineswegs neu, ihnen waren aber lange angesichts der machtpolitischen Gegebenheiten enge Grenzen gesetzt.¹⁰ Doch bereits kurz nach dem Untergang der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre eröffneten sich für die Europäische Union erstmals Möglichkeiten, das eigene Einflussgebiet substanziell auszuweiten. Dies geschah zunächst in Form der EU-Osterweiterung, die im Wesentlichen bereits mit der Verabschiedung der Kopenhagener Kriterien im Jahr 1993 beschlossen worden war. Vier Jahre später folgte die offizielle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und 2004

traten mit einem Schlag zehn neue, vorwiegend osteuropäische Länder der Europäischen Union bei. Das spezielle Design der EU-Erweiterung hatte dann aber zur Folge, dass sich dieser Prozess danach spürbar verlangsamte, seither wurden lediglich Rumänien und Bulgarien (2007) sowie Kroatien (2013) aufgenommen.

Im Gegensatz zu früheren Erweiterungsrounden wurden den osteuropäischen Ländern aber harte und unverhandelbare Bedingungen gestellt, die vor dem Beitritt erfüllt werden mussten. Im Wesentlichen lief dabei alles auf die Forderung hinaus, sämtliche Schutzmaßnahmen für einheimische Unternehmen nahezu komplett abzuschaffen, sich für westeuropäische Produkte und Investitionen zu öffnen und hierdurch einen „freien und unverfälschten Wettbewerb“ (level-playing-field) zu garantieren. Die Europäische Union argumentierte dabei, dass der verschärfte Wettbewerb mit den – technologisch weit überlegenen – westeuropäischen Unternehmen um Märkte und Aufträge zu erheblichen Effizienz- und damit Produktivitätssteigerungen führen würde, die zumindest mittelfristig auch den Beitrittskandidaten zu Gute kommen würden. Konkurrenz belebt das Geschäft, so also die Sichtweise der Europäischen Union, die in etwa die Position vertrat (und bis heute vertritt), ein Wettrennen zwischen einem Ferrari und einem VW Käfer sei deshalb fair, weil sie auf derselben Straße fahren: „Die Freihandelsförderung war historisch immer das Vorrecht der Mächtigen. Und die Förderung und Aufrechterhaltung der Ungleichheit war immer eine Voraussetzung für das erfolgreiche Funktionieren der auf Freihandel basierenden kapitalistischen Marktwirtschaft. [...] Die Evozierung der Prinzipien der sportlichen Fairness und des unbehinderten Wettbewerbs, ignoriert aber die schreiende Disparität der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse im globalen Handel.“¹¹ Vor diesem Hintergrund kam es, wie es kommen musste. Wie in Hannes Hofbauers Standardwerk zur EU-Osterweiterung ausführlich nachzulesen ist, wurden die neuen Mitgliedsländer regelrecht ausgebeint und peripher in die EU-Einflussphäre integriert: „Die Osterweiterung der Europäischen Union dient vornehmlich dazu, den stärksten Kräften im Westen – den so genannten ‚Global Players‘ – neuen Marktraum zu erschlie-



Vorkämpfer der „Weltmacht Europa“: Martin Schulz. Foro: Europäische Union

ßen und mit Hilfe des Regelwerks des ‚Acquis communautaire‘ abzuschließen.“¹²

Angesichts dessen stellt sich natürlich die Frage, weshalb die Beitrittsaspiranten überhaupt bereit waren, diesen – vollkommen einseitig von Brüssel diktierten – Aufnahmeprozess hinzunehmen. Neben der aufgrund ihrer Wirtschaftskraft schwachen Verhandlungsposition dürfte die hohe Zustimmung in der Bevölkerung und das Interesse an der symbolischen Aufwertung über eine EU-Mitgliedschaft eine wichtige Rolle gespielt haben. Vor allem aber bestand die Hoffnung, nach dem Beitritt zur Europäischen Union die schmerzhaften Eingriffe, die im Vorfeld unternommen werden mussten, durch die damit einhergehenden politischen Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten sukzessive ausgleichen zu können. Doch da hatten die Beitrittskandidaten die Rechnung ohne die „Alteingesessenen“, besonders ohne die aus den großen Mitgliedsländern gemacht.

Denn mit dem Argument, auch nach der Osterweiterung müsse die „Entscheidungsfähigkeit“ der Union gewährleistet bleiben, machten sich die EU-Großmächte daran, den neuen Mitgliedern dauerhaft den Platz am politischen Katzentisch der Union zuzuweisen. Dies geschah im Wesentlichen¹³ über den EU-Verfassungsvertrag, der nach ursprünglichen Planungen noch vor der Osterweiterung unter Dach und Fach hätte sein sollen und schlussendlich erst nach zähen Auseinandersetzungen in Gestalt des kaum veränderten Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 in Kraft trat. Eine seiner wichtigsten Neuerungen besteht in einer grundlegenden Verschiebung der Stimmgewichte im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Staats- und Regierungschefs. Durch die nach einer Übergangsfrist seit 2014 neu geltende Regelung erhalten nun bevölkerungsreiche Mitgliedsländer auf Kosten kleiner und mittlerer EU-Staaten deutlich mehr Einfluss als zuvor. Im

Ergebnis bedeutet dies konkret, dass Deutschland seinen Stimmanteil nahezu verdoppeln konnte (von 8,4% auf 16,5%). Zu den weiteren Gewinnern zählen Frankreich (von 8,4% auf 12,9%), Großbritannien (von 8,4% auf 12,4%) und Italien (von 8,4% auf 12%), während alle anderen Staaten relativ oder absolut erhebliche Einbußen zu verzeichnen haben.¹⁴

Und tatsächlich hat sich unter den neuen Mitgliedsländern ob ihrer begrenzten Einflussmöglichkeiten inzwischen Ernüchterung breit gemacht.¹⁵ Doch auch wenn die Strategie der EU-Großmächte so besehen von Erfolg gekrönt war, war sie gleichzeitig auch nicht reproduzierbar. Denn eine neuerliche Erweiterungsrunde, insbesondere um bevölkerungsreiche Staaten, man denke hier etwa an die Türkei mit ihren aktuell über 76 Mio. Einwohnern, würde die in harten Verhandlungen mühsam durchgesetzte Machtverschiebung zugunsten der EU-Großmächte wieder konterkarieren, weshalb dies zu keinem Zeitpunkt ernsthaft zur Debatte stand.¹⁶ Gleichzeitig herrschte aber auch Einigkeit darüber, dass das europäische Expansionsprojekt hiermit noch nicht an sein Ende gekommen sein sollte: „Schon vor dem Vollzug der Osterweiterung 2004 setzten in der EU-Kommission Überlegungen ein, wie es danach weitergehen sollte. [...] Die EU war an die Grenzen ihrer bisherigen Entwicklungsdynamik, der wechselseitigen Bestärkung von Integration und Erweiterung, gelangt. [...] Klar war aber auch, daß ein abruptes Ende der Expansionsdynamik nicht im Interesse der EU sein konnte, da es die Gefahr implizierte, die EU in einen schroffen Interessengegensatz zu ihrer Peripherie zu bringen. Es mußte also darum gehen, ein Konzept zu entwickeln, welches eine weitere Expansion der EU zuläßt, ohne daß diese Expansion die EU zu weiteren Erweiterungen zwingt. Wie ist Expansion ohne Erweiterung möglich?“¹⁷



Die Nachbarschaftspolitik aus EU-Sicht. Quelle: Europäische Union

2. Imperiale Nachbarschaftspolitik und neoliberales Assoziationsabkommen

Bereits im November 2002 wurden die Arbeiten an einem neuen Expansionskonzept aufgenommen. Dies führte schließlich zur Veröffentlichung des Kommissionspapiers „Größeres Europa“ im März 2003. Es steckte erstmals den Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ab, die ein Jahr später auch offiziell so benannt wurde und die sich gegenwärtig auf 16 Staaten südlich und östlich der Europäischen Union erstreckt, u.a. auch auf die Ukraine.¹⁸ Zum Ziel des Unterfangens schrieb die damalige EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner kurz nachdem die Nachbarschaftspolitik an den Start ging: „Um die politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung mit unseren neuen Nachbarn zu teilen, haben wir die Europäische Nachbarschaftspolitik konzipiert. Mit dieser Politik etablieren wir einen ‚Ring von Freunden‘ entlang der Grenzen der erweiterten EU. Das ist ein geostrategisches Schlüsselprojekt für Europa. Diese Zone der Stabilität und des Wohlstandes soll von Osteuropa über den Kaukasus und den Nahen Osten quer durch den gesamten Mittelmeerraum reichen.“¹⁹

Aus oben genannten Gründen war man nicht bereit, den ENP-Staaten eine Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen. Im Kommissionspapier „Größeres Europa“ heißt es hierzu lapidar: „Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten.“²⁰ Bis auf diesen kleinen aber zentralen Unterschied gleicht die Nachbarschaftspolitik sowohl in den Mitteln als auch den Zielen aber weitgehend der Osterweiterung.²¹ Auch hier gilt das vorrangige Augenmerk dem Ziel, ein „ebenes Spielfeld“ zu schaffen und hierüber die Nachbarländer fest in eine großeuropäische Wirtschafts- und Einflusszone zu integrieren: „Der Besitzstand der EU, mit dem ein gemeinsamer Markt auf der Grundlage der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs errichtet wurde, auf dem Wettbewerb unter gleichen Bedingungen [...] könnte den Ländern, die institutionelle und wirtschaftliche Reformen durchführen, als Vorbild dienen. [...] Die EU muss daher bereit sein, in enger Partnerschaft mit ihren Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten, die weitere Reformen durchführen wollen, und ihnen beim Ausbau ihrer Kapazitäten zu helfen, damit sie ihre Vorschriften an Teile des gemeinschaftlichen Besitzstands angleichen und umsetzen können.“²²

Zwar wird in den einschlägigen Dokumenten auch großes Gewicht darauf gelegt, die EU strebe besonders die Förderung von Demokratie und Menschenrechten an, wie aber zahlreiche Untersuchungen zum Thema ergeben haben, liegt die Priorität der Nachbarschaftspolitik eindeutig auf der Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftsagenda und der mit ihr einhergehenden Einflussweiterung der Europäischen Union²³: „Was nicht gesagt wird ist, dass das Hauptmotiv der wirtschaftlichen Integration darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, Ökonomien in die expandierende Wirtschaft des Imperiums (der EU) einzugliedern und Zugang zu natürlichen Ressourcen in der energiereichen Nachbarschaft zu erhalten. Die riesige Ansammlung von Wohlstand und wirtschaftlicher Macht hat der EU einen Hebel gegeben, um marktfreundliche Reformen einschließlich Privatisierung, Handelsliberalisierung und der Übernahme der EU-Regulationsmechanismen aufzuerlegen und gleichzeitig die weiterführenden Debatten in den peripheren Gesellschaften zu umgehen. Dabei riskiert die EU allerdings, eher zur Schaffung politischer Destabilisierung denn zu Stabilität beizutragen und die wirtschaftlichen Ungleichheiten in der Nachbarschaft zu vertiefen.“²⁴

Des Lockmittels einer Beitrittsperspektive beraubt, dienen vor allem immense Geldmittel dazu, die Verwaltungen und Zivilgesellschaften in den Nachbarstaaten von den Vorteilen einer Annäherung an die EU zu überzeugen. Allein aus dem wichtigsten Topf, dem EU-Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), wurden zwischen 2000 und 2006 immerhin 8,4 Mrd. Euro und dann zwischen 2007 und 2013 ursprünglich noch einmal 12 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Im Dezember 2013 beschloss das Europäische Parlament schließlich, den inzwischen unter dem Namen *Europäisches Nachbarschaftsinstrument (ENI) firmierenden Fonds* zwischen 2014 und 2020 mit weiteren 15,433 Mrd. Euro auszustatten.²⁵

Es steht außer Frage, dass die Europäische Union in der Lage ist, über diese Beträge beträchtlichen Einfluss in der Nachbarschaft auszuüben – so werden etwa nationale Verwaltungen über sogenannte „Twinning-Programme“ von den Vorzügen der EU-Rechtsvorschriften „überzeugt“ und ihnen die Expertise an die Hand gegeben, diese in nationale Gesetzgebung zu implementieren.²⁶ Mit einer Partnerschaft hat dies alles jedoch wenig zu tun – es ist allein die EU, die über die Vergabe der Mittel entscheidet; sie allein beurteilt die Fortschritte einzelner Länder, wovon wiederum die Gewährung umfangreicherer Mittel abhängt. Dieser mit dem „More-for-More“-Prinzip in der Überarbeitung der Nachbarschaftspolitik im Jahr 2011²⁷ noch einmal akzentuierte asymmetrisch-imperiale Charakter war dem Projekt von Anfang an eingeschrieben. Schon in der Kommissionsmitteilung „Größeres Europa“ hieß es: „Im Gegenzug zu nachgewiesenen konkreten Fortschritten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Werte und der effektiven Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen, u.a. bei der Angleichung an den Besitzstand, sollten die Nachbarstaaten der EU in den Genuss einer engeren wirtschaftlichen Integration mit der EU kommen.“²⁸

Durch die fehlende Beitrittsperspektive schafft die Nachbarschaftspolitik demzufolge eine dauerhafte Zentrum-Peripherie-Struktur, wodurch eine Art imperialer Großraum entsteht, wie Befürworter dessen auch mehr oder weniger unumwunden einräumen. So schreibt etwa der ehemalige Kommentarchef der „Welt am Sonntag“, Alan Posener, in seinem flammenden Plädoyer für eine „Weltmacht Europa“ als „Imperium der Zukunft“: „Auf die Feinheiten der Europäischen Nachbarschaftspolitik kommt es hier nicht an, sondern auf die Feststellung, dass Europa, von seinen eigenen Bürgern fast unbemerkt, bereits eine imperiale Politik des ‚Größeren Europa‘ betreibt; und dass es dabei das typische Merkmal aller Imperien entwickelt, nämlich eine Asymmetrie und ein Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie.“²⁹

Der wichtigste Schritt, um dieses Verhältnis zu zementieren, ist der Abschluss eines Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Union und einem Nachbarland. Dabei handelt es sich um ein bindendes Dokument, in dem die Übernahme des EU-Rechtsbestands, des besagten *acquis communautaire*, geregelt wird. Es definiert die Zielvorgaben, die dann mit Länderstrategiepapieren (Zeitraum: sieben Jahre) und Nationalen Indikativprogrammen (zwei bis drei Jahre) sowie Aktionsplänen (ein bis zwei Jahre) operationalisiert werden. Insofern ist die Bedeutung dieser Assoziationsabkommen schwer zu überschätzen: Sie stehen im Zentrum der aktuellen Europäischen Expansionsstrategie, weshalb sich die Konflikte in der Ukraine auch genau an diesem Punkt entzündeten. So schreibt etwa Joachim Becker, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien: „Die Assoziationsabkommen, welche die EU im post-sovietischen Raum vorantreibt, sind ein Schlüsselement bei der Ausweitung der EU-Einflussphäre nach Osten.“³⁰

Was die Ukraine selbst anbelangt, gab die Europäische Kommission bereits kurz nach der „Orangen Revolution“ im Jahr 2004,

bei der erstmals mit erheblicher westlicher Unterstützung ein pro-russischer durch einen pro-westlichen Machthaber ersetzt wurde, eine Studie in Auftrag, die die Auswirkungen eines „Tiefen und umfassenden Freihandelsabkommens“ zwischen der Ukraine und der Europäischen Union untersuchen sollte. Betraut wurden hiermit das „Centre for European Policy Studies“ (CEPS), das „Institut für Weltwirtschaft“ (IFW) und das „International Centre for Policy Studies“ (ICPS), die zu dem Ergebnis gelangten, ein solches Freihandelsabkommen werde sich für beide Seiten sehr vorteilhaft auswirken.³¹ Auf dieser Basis wurden die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen, das als Kernbestandteil ein solches „Tiefes und umfassendes Freihandelsabkommen“ enthält, im Jahr 2007 aufgenommen. Die Gespräche wurden auch fortgesetzt, nachdem 2010 der eher pro-russische Wiktor Janukowitsch an die Macht gelangte und mündeten im März 2012 in ein unterschriftsreif vorliegendes Dokument.

Das „Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits“ war lange Zeit nur in Teilen im Internet auffindbar, wurde aber schlussendlich am 29. Mai 2014 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.³² Es besteht aus einem etwa 180seitigen Hauptteil sowie weiteren ungefähr 2000 Seiten Anhängen und Protokollen, die überwiegend der Präzisierung der anvisierten Freihandelszone gewidmet sind. Auch hier vertritt die Europäische Union die Auffassung, der angestrebte verschärfte Wettbewerb und der verbesserte Marktzugang würden der Ukraine einen regelrechten Wirtschaftsboom beschern. So prognostizierte EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle, nach Abschluss des Assoziationsabkommens sei mit einer Verdopplung der ukrainischen Exporte in die EU und einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um insgesamt 12% zu rechnen.³³ Diese optimistische Einschätzung wurde jedoch allem Anschein nach einer Studie Ricardo Giuccis entnommen, der als Mitherausgeber des Newsletters der maßgeblich vom Bundes-

ministerium für Wirtschaft und Technologie finanzierten „Deutschen Beratergruppe“ wohl kaum als neutral einzustufen ist.³⁴

Betrachtet man außerdem die konkreten Bestimmungen des Assoziationsabkommens, so zeigt sich, dass diese unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten hochproblematisch sind. Vier Aspekte stechen dabei besonders hervor: Erstens soll innerhalb von 10 Jahren eine Freihandelszone errichtet werden; zweitens sollen hierfür alle Zölle und anderen Maßnahmen zum Schutz der heimischen Wirtschaft fast komplett abgeschafft werden; drittens wird im Assoziationsabkommen die Einführung gemeinsamer – europäischer wohlgermerkt – Produktions- und Zertifizierungsstandards verbindlich festgeschrieben; und schließlich werden Kapitalverkehrskontrollen verboten und so Investitionen in die Ukraine Tür und Tor geöffnet.

Geht man diese Punkte der Reihe nach durch, so stößt man zunächst auf das Kernanliegen: „Die Vertragsparteien errichten während einer Übergangszeit von höchstens zehn Jahren [...] schrittweise eine Freihandelszone.“ (Titel IV, Artikel 25) Für die Umsetzung dieses Zieles müssen unter anderem Zölle, mit denen ein Land zum Schutz seiner Wirtschaft Waren eines anderen Landes verteuern kann, nahezu komplett abgeschafft werden: „Jede Vertragspartei senkt oder beseitigt Zölle auf Ursprungswaren der anderen Vertragspartei im Einklang mit den Stufenplänen in Anhang I-A dieses Abkommens (im Folgenden ‚Stufenpläne‘).“ (Titel IV, Artikel 29, Absatz 1) Wer den hochgradig irritierenden Versuch unternimmt, nachzuvollziehen, was sich hinter Anhang I-A verbirgt, sieht sich mit einer etwa 1500 Seiten langen Liste konfrontiert, in der Details zu den künftigen Zöllen für nahezu jedes erdenkliche Produkt festgelegt werden. Dankenswerterweise hat die Europäische Kommission selbst hier zur Klärung beigetragen, indem sie in einem Hintergrundpapier verdeutlichte, durch das Assoziationsabkommen würden die Zölle um 99,1% (Ukraine) bzw. 98,1% (EU) abgesenkt.³⁵



EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle beim Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft Ende November 2013. Foto: Europäische Union

Damit dieser Prozess auch irreversibel wäre, schreibt das Assoziationsabkommen weiter vor, dass die Zölle zu einem späteren Zeitpunkt nicht wieder erhöht werden dürfen: „Bei Ursprungswaren aus dem Gebiet der einen Vertragspartei darf die andere Vertragspartei den geltenden Zoll nicht erhöhen und keine neuen Zölle einführen.“ (Titel IV, Artikel 30) Darüber hinaus werden auch so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa Mengenbegrenzungen – faktisch verboten: „Die Vertragsparteien dürfen bei der Einfuhr einer Ware aus dem Gebiet der anderen Vertragspartei oder bei der Ausfuhr einer Ware oder dem Verkauf einer Ware zwecks Ausfuhr in das Gebiet der anderen Vertragspartei keine Verbote oder Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung erlassen oder beibehalten, es sei denn, dieses Abkommen oder Artikel XI GATT 1994 und die Anmerkungen zu seiner Auslegung sehen etwas anderes vor.“ (Titel IV, Artikel 35)

Eine weitere Passage mit erheblicher Tragweite verbirgt sich hinter der unscheinbaren Überschrift „Annäherung von technischen Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungen“. Dort wird die Ukraine auf die Übernahme europäischer Produktions- und Zertifizierungsstandards verpflichtet: „Die Ukraine trifft die notwendigen Maßnahmen, um ihre Vorschriften schrittweise mit den technischen Vorschriften der EU und den europäischen Normungs-, Mess-, Akkreditierungs- und Konformitätsbewertungsverfahren und dem Marktaufsichtssystem in Einklang zu bringen und den in einschlägigen Beschlüssen und Verordnungen der EU (1) festgelegten Grundsätzen und Verfahren Rechnung zu tragen.“ (Titel IV, Artikel 56, Absatz 1)

Und schlechterletzt wird auch noch die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen vorgeschrieben und die problemlose Rückführung etwaiger Investitionsgewinne (Repatriierung) ermöglicht: „Hinsichtlich der Kapitalbilanztransaktionen gewährleisten die Vertragsparteien ab Inkrafttreten dieses Abkommens den freien Kapitalverkehr im Zusammenhang mit Direktinvestitionen (1), die nach den Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats gegründet wurden, und Investitionen, die nach den Bestimmungen von Titel IV Kapitel 6 (Niederlassung, Dienstleistungshandel und elektronischer Geschäftsverkehr) dieses Abkommens getätigt werden, sowie die Liquidation oder Rückführung dieses investierten Kapitals und etwaiger daraus resultierender Gewinne.“ (Titel IV, Artikel 145)

Angesichts dessen argumentiert die russische Seite, das Abkommen werde sich hochgradig schädlich für die Ukraine auswirken. So schreibt etwa Sergej Glasjew, Präsident Wladimir Putins Berater für eurasische Integrationsfragen: „Wenn die Ukraine die Vereinbarung über die Assoziation mit der EU unterzeichnet und sich in diese nicht gleichberechtigte Freihandelszone begibt, so wird sie bis 2020 im Wirtschaftswachstum und in der Handelsbilanz ein Minus erhalten. Wir schätzen die Verluste auf etwa minus 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Bis 2020 wird eine Verdrängung ukrainischer Waren vom eigenen Markt, begleitet von einem Wirtschaftsrückgang und einer Verringerung der Entwicklungsmöglichkeiten erfolgen.“³⁶

Stattdessen plädiert Moskau für einen Beitritt der Ukraine zur Zollunion, die gegenwärtig aus Russland, Weißrussland und Kasachstan besteht und in die im Jahr 2013 etwa 30% der ukrainischen Exporte gingen (EU: 26,5%).³⁷ Erwähnenswert ist dabei noch die Art der jeweiligen Exporte, auf die der Wirtschaftshistoriker Hannes Hofbauer hinweist: „Interessant auch die Struktur des Außenhandels. Während sich der ukrainische Export in die EU in der Hauptsache auf Rohstoffe wie Kohle und Stahl beschränkt, führt Kiew in Richtung Russland Maschinen, Fahrzeuge, Flugzeuge und Lebensmittel aus. Das heißt, die Wertschöpfung der in den Westen gelieferten Waren liegt weit unter jener, die nach Russland gehen.“³⁸

Vor diesem Hintergrund kommt Russland – unter Bezug auf eine ebenfalls wohl kaum neutrale Studie der von der Zollunion ins Leben gerufenen Eurasischen Entwicklungsbank – zu dem Schluss, ein Freihandelsabkommen mit der EU werde die Exporte dorthin zwar um 10% erhöhen, die Importe aber um 15% steigern, mit dem Ergebnis eines wachsenden Handelsbilanzdefizits. Gleichzeitig würden die Zollunion-Staaten dann u.a. ihre Zölle erhöhen und der Handel mit ihnen dadurch einbrechen. Im Resultat hätte dies dann den – von Glasjew prognostizierten – Rückgang des BIP von 1,5% zur Folge. Demgegenüber sei nach einem Beitritt zur Zollunion mit einem BIP-Anstieg von 2,5% zu rechnen.³⁹

Ob der Beitritt zur Zollunion tatsächlich wirtschaftlich derart von Vorteil wäre, wie dies von russischer Seite dargestellt wird, darf allerdings bezweifelt werden. Wie zuvor schon Kasachstan und Weißrussland müsste auch die Ukraine in diesem Fall ihre Außenzölle teils massiv anheben, was zwangsläufig den – ebenfalls nicht zu vernachlässigenden – Handel mit der EU wohl empfindlich beeinträchtigen würde. In jedem Fall aber sind die Warnungen vor den wirtschaftlichen Folgen eines Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union absolut plausibel. Denn die Abschaffung von Schutzzöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen würde die ukrainischen Firmen, die durch die Einführung teurer europäischer Produktstandards und Zertifizierungsprozesse noch zusätzlich belastet würden, der übermächtigen EU-Konkurrenz weitgehend schutzlos ausliefern. Selbst die deutsche Außenwirtschaftsagentur „Germany Trade & Invest“ räumt dies ein: „Die Übernahme von EU-Standards und das Bestehen im Freihandel mit der Europäischen Union erfordern allerdings bei den ukrainischen Unternehmen vielfach immense Modernisierungsanstrengungen. Insbesondere die Nahrungsmittelindustrie muss sich noch vielfach an die neuen Standards anpassen. Die Finanzierung stellt für ukrainische Unternehmen oft eine kaum zu nehmende Hürde dar.“⁴⁰

Deshalb ist die Einschätzung des bereits zitierten Professors an der Wirtschaftsuniversität Wien, Joachim Becker, das Abkommen werde sich verheerend für die Ukraine auswirken, absolut nachvollziehbar: „Die geo-ökonomische und geo-politische Stoßrichtung der Abkommen wird im Fall der Ukraine besonders augenfällig. Weit über die Handelsliberalisierung hinausgehend, soll die Ukraine teilweise in den EU-Binnenmarkt integriert werden. Das würde bedeuten, dass die Ukraine substanzielle Teile der Wirtschaftsgesetzgebung der EU übernimmt. Die Ukraine würde nicht nur Möglichkeiten des Außenschutzes für die nationale Ökonomie verlieren, sondern auch Schlüsseloptionen für die nationalstaatliche Industriepolitik (z.B. über öffentliche Ausschreibungen). [...] Eine ‚tiefe und umfassende‘ Freihandelszone ist Kernbestandteil des Abkommens. Für die Ukraine dürfte ‚vertieferter‘ Freihandel und die Übernahme von Kernbestandteilen der EU-Wirtschaftsgesetzgebung allerdings auf eine Vertiefung der De-Industrialisierung und vertiefte Abhängigkeitsstrukturen hinauslaufen.“⁴¹

Auch wenn die Janukowitsch-Regierung anfangs eine Unterzeichnung des Assoziationsabkommens wohl ernsthaft erwogen hatte, scheinen solche Bedenken im Laufe der Zeit eine immer größere Rolle gespielt zu haben. Nach der Entscheidung, die Verhandlungen auszusetzen, argumentierte Michail Tschetschetow, stellvertretender Vorsitzender der damals regierenden Partei der Regionen: „Wir sind nicht bereit, dieses Abkommen zu unterschreiben, wenn dabei hunderte Betriebe, vor allem im industriellen Ballungszentrum des Landes, werden schließen müssen.“⁴²

Der ukrainische Versuch, in Nachverhandlungen Zugeständnisse zu erhalten, wurde jedoch seitens der Europäischen Union kategorisch abgelehnt – und hier liegt die Hauptursache dafür, dass das Abkommen auf Eis gelegt wurde. Demgegenüber schwang

Russland zwar durchaus ebenfalls die Peitsche, indem es bereits im Sommer 2013 als Warnschuss erste Sanktionen verhängte. Andererseits vergaß es aber auch nicht das Zuckerbrot, indem es früh beträchtliche Vergünstigungen in Aussicht gestellt hatte. Dazu hatte ein Preisnachlass für russisches Gas in Höhe von jährlich etwa 3 Mrd. Dollar ebenso wie der Aufkauf ukrainischer Staatsanleihen im Umfang von 15 Mrd. Dollar gehört.

Um denselben Betrag hatte die in extremen Finanznöten stekende Janukowitsch-Regierung zuvor den Internationalen Währungsfonds gebeten und bekam dafür gleich die Daumenschrauben angesetzt. Dies gab laut dem damaligen Regierungschef Nikolai Asarow schlussendlich den Ausschlag, das Abkommen nicht zu unterzeichnen: „Der schrumpfende Handel mit Russland [und] anderen GUS-Staaten gefährde ernsthaft die ukrainische Wirtschaft. Die Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland habe zur Folge gehabt, dass die Ratingagentur Fitch die Bonität der Ukraine vor kurzem abgestuft habe, sagte Asarow weiter. Der ‚letzte Tropfen‘ sei die Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 20. November gewesen, die Gaspreise für die ukrainischen Haushalte zu erhöhen, die Gehälter einzufrieren und die Ausgaben zu kürzen. Nur dann dürfe die Ukraine mit Krediten rechnen.“⁴³

Kurz gesagt, die Europäische Union wurde in einem Bieterwettbewerb klar ausgestochen, weshalb es unter diesen Umständen aus ukrainischer Sicht vollkommen sinnvoll war, das Assoziationsabkommen zu versenken. Vor allem auch aufgrund der geopolitischen Bedeutung des Abkommens setzte dann aber unmittelbar daraufhin eine vom Westen massiv unterstützte Eskalationsspirale ein, die schließlich zum gewaltsamen Sturz von Janukowitsch führte.

3. Geopolitische Dimension und militärisches Assoziationsabkommen

Wie bereits zuvor angedeutet, liegt eine weitere Erklärung für die Schärfe der Auseinandersetzungen um die Ukraine darin, dass es hier um weit mehr geht als um rein wirtschaftspolitische Fragen, nämlich um die Entscheidung über einen Beitritt zu einem von zwei sich zunehmend feindlich gegenüber stehenden Blöcken. Denn der Abschluss eines Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union macht einen Beitritt zur Zollunion unmöglich (und umgekehrt).⁴⁴

Um sich die Brisanz dieser Frage noch einmal vor Augen zu führen, ist ein kurzer Rückblick erforderlich: Schon kurz nach dem Ende der Blockkonfrontation machte sich die Europäische Union (zusammen mit den USA) daran, sich den Löwenanteil der sowjetischen Konkursmasse einzuverleiben. Dies geschah in Form der NATO- und EU-Osterweiterungen und über die sogenannten „bunten Revolutionen“, westlich unterstützte Umstürze wie etwa 2003 in Georgien, bei denen pro-russische durch pro-westliche Machthaber ersetzt wurden. Über diese Vorgänge schrieb Theo Sommer, Ex-Chefredakteur und Herausgeber der Zeit: „Machen wir uns nichts vor: Die Nato hat ihre Ostgrenzen auch nicht aus bloßer Menschenfreundlichkeit oder Demokratie-Begeisterung weit nach Osten vorgeschoben, sondern aus handfestem geopolitischem Interesse – und dies trotz der gegenteiligen Zusage, die der amerikanische Außenminister James Baker dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow im Februar 1990 gab. [...] Das Streben nach Einflussphären ist sehr wohl ein Merkmal auch unserer Gegenwart. Die Geopolitik, um den nach Hitlers Expansionskrieg zeitweise verpönten Haushoferschen Begriff zu verwenden, ist in Wahrheit nie aus der Mode gekommen. Sie prägt wie eh und je das außenpolitische Handeln der Mächte.“⁴⁵

Diese aggressive Politik in einer Region, die von Russland als

sein strategischer Hinterhof betrachtet wird, führte dort zu der Überzeugung, die westlichen Einflussgewinne zurückdrängen oder wenigstens stoppen zu müssen. Als Wendepunkt kann dabei wohl Wladimir Putins Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2007 betrachtet werden, in der er die Politik des Westens mit aller Schärfe kritisierte. Einen ersten Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen im Sommer 2008, als Russland auf den georgischen Angriffskrieg gegen Süd-Ossetien mit einem harten militärischen Gegenschlag reagierte. Damit signalisierte Moskau unmissverständlich die Bereitschaft, weiteren westlichen Positionsgewinnen notfalls auch gewaltsam einen Riegel vorzuschieben.⁴⁶

In diesem Zusammenhang zunehmender machtpolitischer Konflikte ist die im Juli 2009 erfolgte Ankündigung von Präsident Wladimir Putin zu sehen, Russland, Weißrussland und Kasachstan würden eine Zollunion gründen. Es folgte im Jahr 2010 die Vereinheitlichung der Zölle und 2012 wurden zwischen den drei Ländern die Grenzkontrollen abgeschafft und ein einheitlicher Wirtschaftsraum etabliert, der den freien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften unter den Mitgliedsstaaten garantiert.⁴⁷ Im September 2013 kündigte zudem Armenien an, das ausbuchstabierte Assoziationsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen und stattdessen der Zollunion beizutreten. Am 29. Mai 2014 unterzeichneten dann Kasachstan, Russland und Weißrussland ein Abkommen, mit dem die Zollunion in eine „Eurasische Wirtschaftsunion“ umbenannt wurde und das am 1. Januar 2015 in Kraft treten soll.

Im Westen wird dieser Versuch, der Europäischen Expansionspolitik etwas entgegenzusetzen, mit großem Argwohn beobachtet und mehr oder weniger offen im Zusammenhang mit einer sich anbahnenden neuen Blockkonfrontation gesehen. So heißt es etwa in einem aus dem Jahr 2012 stammenden Papier der Expertengruppe „Östliche Partnerschaft“ der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“, an dem u.a. der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär Friedbert Pflüger und Karsten D. Voigt, der Amerika-Koordinator der aktuellen Bundesregierung, beteiligt waren: „Der außenpolitische Diskurs in Deutschland meidet die Thematisierung geostrategischer Überlegungen. Doch sollten die Realitäten anerkannt werden: Wenn Russland von Stabilität redet, wird dort in Kräfteverhältnissen und Einflussphären gedacht. Genauso legitim ist es, die Östliche Partnerschaft auch unter geostrategischen Überlegungen zu betrachten. Die Europäische Union zielt mit diesem Konzept auf die Verbreitung ihrer politischen, rechtlichen sowie ökonomischen ‚Spielregeln‘ und damit auf eine schrittweise Anbindung der Region. Dabei versucht die EU mit Kooperationsangeboten zu vermeiden, dass die wirtschaftliche Zwangslage der östlichen Partner diese zur Annahme anderer Integrationsmodelle führt, die den europäischen Interessen widersprechen.“⁴⁸

In diesem Zusammenhang spielt die Ukraine aus russischer Sicht allein schon aufgrund ihrer Größe, mehr noch aber aufgrund ihrer strategischen Lage eine entscheidende Rolle, wie der Chef des privaten Nachrichtendienstes „Strategic Forecast“, George Friedman, hervorhebt: „Sollte Russland Weißrussland oder die Ukraine verlieren, verliert es seine strategische Tiefe, die wesentlich mit seiner Fähigkeit zusammenhängt, das russische Kernland zu verteidigen zu können.“⁴⁹ Insofern zeigte sich Russland bereits durch die vom Westen massiv unterstützte „Orangene Revolution“ extrem besorgt⁵⁰, durch die im Jahr 2004 der pro-westliche Wiktor Juschtschenko an die Macht gebracht worden war. Eine Kombination aus russischem Druck und der Unfähigkeit der Regierung führte schließlich dazu, dass Juschtschenko Anfang 2010 mit gerade einmal 5,4% der Stimmen sang- und klanglos abgewählt wurde. Der neu ins Amt gewählte Wiktor Janukowitsch schwenkte schnell

auf einen eher pro-russischen Kurs um und legte unter anderem die Pläne für einen ukrainischen NATO-Beitritt auf Eis. Ferner verlängerte er den Pachtvertrag für den wichtigen Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol von 2017 auf 2042 (faktisch bis 2047), den die Vorgängerregierung auslaufen lassen wollte.

Angesichts seiner immensen Bedeutung ist oder war Moskau zumindest ganz offensichtlich bestrebt, die Ukraine in das eigene „Integrationsmodell“ einzugliedern. Diese Absicht wird jedenfalls in einem semi-offiziellen Regierungspapier aus dem Jahr 2013, das Berichten zufolge vom engen Putin-Berater Glasjew mitverfasst worden sein soll, geäußert: „Das Ziel ist laut dem Dokument, die Ukraine bis zu den Wahlen 2015 in den Schoß der russischen Zollunion zu holen. Dazu soll durch die Unterstützung russlandfreundlicher Meinungsmacher der pro-europäische Einfluss in den ukrainischen Medien ‚neutralisiert‘ werden. Außerdem sollen gen Westen orientierte Oligarchen ‚sanktioniert‘ werden. Nach den ukrainischen Wahlen sollen zudem die pro-europäischen Staatsdiener – insbesondere im Außen- und Verteidigungsministerium – ‚diskreditiert‘ und aus ihren Ämtern gejagt werden. Bei ihnen handle es sich nämlich um ‚De-facto-Agenten des euro-atlantischen Einflusses‘.“⁵¹

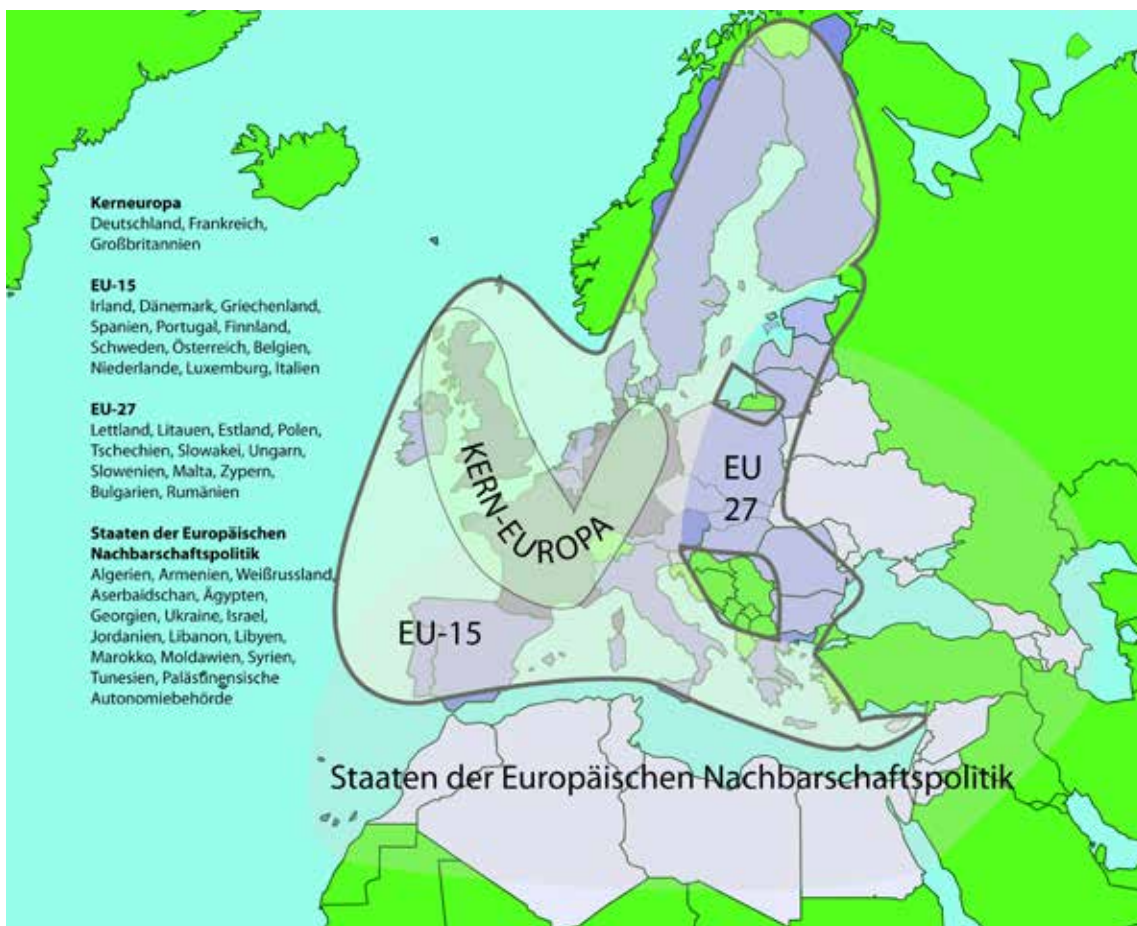
Auch westlicherseits wird die Ukraine als geopolitisches Filetstück ersten Ranges betrachtet, was vom Top-Strategen Zbigniew Brzezinski bereits 1997 folgendermaßen begründet wurde: „Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. [...] Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen [heute 45 Mio.] Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.“⁵²

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen dürften in Moskau sämtliche Alarmglocken geläutet haben, als die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton in einem zentralen Strategiepapier im Oktober 2013 den gesamten Nachbarnschaftsraum faktisch zum europäischen Einfluss- und Interventionsgebiet erklärte: „Das neue Augenmerk der USA für die asiatisch-pazifische Region ist eine logische Konsequenz der geostrategischen Entwicklungen [Anm.: des Aufstiegs Chinas]. Dies bedeutet auch, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und die seiner Nachbarschaft übernehmen muss. [...]

Die Union muss in der Lage sein als Sicherheitsgarant – mit Partnern so möglich, autonom wenn nötig – in seiner Nachbarschaft entschieden zu handeln, dies schließt direkte Interventionen ein. Strategische Autonomie muss sich zuerst in der Nachbarschaft der Europäischen Union materialisieren.“⁵³

Gerade mit Blick auf solche Aussagen sind die zwischen der EU und der Ukraine ausgehandelten und für ein Assoziationsabkommen eher ungewöhnlichen Passagen zum Ausbau der Militärkooperation und der Integration in die EU-Militärpolitik zu verstehen: „Die Vertragsparteien intensivieren ihren Dialog und ihre Zusammenarbeit und fördern die schrittweise Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).“ (Titel II, Artikel 7, Absatz 1) Natürlich ist die Ukraine schon länger in NATO- und EU-Militärstrukturen eingebunden, etwa über das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“, die Teilnahme am EU-Einsatz Atalanta am Horn von Afrika und sogar über die Beteiligung an einem EU-Gefechtsverband (Battlegroup) im ersten Halbjahr 2014.⁵⁴ Dennoch ist es offensichtlich, dass diese Integration mit dem Assoziationsabkommen noch deutlich weiter ausgebaut werden soll, wenn es etwa heißt: „Die Vertragsparteien intensivieren die praktische Zusammenarbeit bei Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, insbesondere im Hinblick auf eine Verstärkung der Beteiligung der Ukraine an von der EU geleiteten zivilen und militärischen Krisenbewältigungsoperationen sowie an entsprechenden Übungen und Ausbildungsmaßnahmen, einschließlich derer, die im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) durchgeführt werden.“ (Titel II, Artikel 10, Absatz 1)

Aus russischer Sicht besonders Besorgnis erregend muss dabei sein, dass die Ukraine nur als Zwischenschritt für die Einverleibung des gesamten postsowjetischen Raums betrachtet wird.⁵⁵ So schreibt James Rogers, Co-Direktor der einflussreichen „Group on





Die Bild-Zeitung (24.1.2014) mit ihrer Sicht auf die Ereignisse in der Ukraine.

Grand Strategy“: „Osteuropa ist das Tor zwischen den riesigen Ressourcen Asiens und den dichtbesiedelten und technisch fortgeschrittenen Bevölkerungen Europas. Das bedeutet, dass es entweder vom imperialen Despotismus Russlands oder der demokratischen Zivilisation Europas kontrolliert werden wird. Aufgrund seiner geographischen Lage wird derjenige, der den Zugang zu dieser wesentlichen Zone gewinnen wird, auch Einfluss über den gesamten eurasischen Superkontinent erhalten. Sollte Osteuropa von Moskau kontrolliert werden, werden die Europäer – und darüber auch die Nord-Amerikaner – Gefangene sein, wie sie es die meiste Zeit des Kalten Krieges waren. Sollte Osteuropa von Brüssel (und ebenso von London, Paris und Berlin) – und darüber auch von Washington – geformt werden, wird Russland geschwächt und relativ harmlos zurückgelassen, so wie es die meiste Zeit in den 1990ern und 2000ern war.“⁵⁶

Wer allerdings glaubt, derartige Denkfiguren seien auf den angelsächsischen Diskurs beschränkt, sollte sich von einer solchen Vorstellung schleunigst verabschieden. Als Beleg hierfür kann etwa ein Artikel in der führenden außenpolitischen Zeitschrift Deutschlands herhalten: „Bis vor kurzem schien die EU ignoriert zu haben, dass sich Moskau gegen eine Integration der Ukraine wehren könnte. Eine solche Blauäugigkeit gegenüber den außenpolitischen Interessen des Kremls hat Tradition. [...] Nun stehen sie vor der Entscheidung: Gehört ihr Land zum westlich geprägten Europa oder ist es Teil einer russisch geprägten ‚eurasischen‘ Zivilisation? [...] Mit der Annäherung der Ukraine an die EU würde sich nicht nur die Reichweite europäischer Werte und Institutionen um hunderte Kilometer gen Osten ausdehnen. Russland müsste sich mit der Heranführung der Ukraine an die EU endgültig von seinem neo-imperialen Träumen verabschieden. [...] Die Ukraine hat deshalb nicht nur als solche für die EU eine große Bedeutung. Sie könnte

für den Westen insgesamt zum Tor für eine schrittweise Demokratisierung des riesigen, vormals sowjetischen Territoriums im nördlichen Eurasien werden. [...] Deutschland sollte es – schon aus historischen Gründen – nicht an Beherztheit, Prinzipienfestigkeit und Weitsicht in seiner künftigen Ukraine-Politik fehlen lassen.“⁵⁷

Wenn allerdings der deutschen Regierung eines nicht vorgeworfen werden kann, so ist es, dass sie es im Ukraine-Konflikt an „Beherztheit“ hätte vermissen lassen. Im Gegenteil, gerade auch angesichts der Tatsache, dass seitens der deutschen Eliten mittlerweile massiv auf eine offensivere deutsche Weltmachtspolitik gedrängt wird, können die Ereignisse in der Ukraine hierfür als eine Art erster Testlauf gelten: „Der Kampf um die Ukraine ist einer zwischen dem russischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin. [...] Fast 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges geht es darum, wer es schafft, die früheren Sowjetrepubliken der Region in seinen Einflussbereich zu ziehen. Es geht um Geopolitik, um das ‚Grand Design‘, wie es die Experten gern nennen.“⁵⁸

4. Neue deutsche Weltmachtpolitik und innerimperialistische Reibereien

Über ein Jahr bastelten 50 Mitglieder des außen- und sicherheitspolitischen Establishments an dem Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“, das im September 2013 von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und dem „German Marshall Fund“ veröffentlicht wurde. Es gab den Kurs für die neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor, der seither zielstrebig beschritten wird. Deutschland müsse seine bisher scheinbar an den Tag gelegte „Kultur der (militärischen) Zurückhaltung“ ad acta legen und bei der Dursetzung seiner Interessen künftig offensiver zu Werke gehen, so der darin vertretene Tenor: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat – keineswegs nur durch eigenes Zutun – mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm. Damit wächst ihm auch neue Verantwortung zu.“⁵⁹

Als Direktor des „German Marshall Fund“ war auch Thomas Kleine-Brockhoff an der Erarbeitung der Studie beteiligt, der im Sommer 2013 von Joachim Gauck als neuer Leiter der Stabsstelle Planung und Reden verpflichtet wurde.⁶⁰ Und so ist es nicht verwunderlich, dass es sich der Bundespräsident augenscheinlich zu seiner Aufgabe gemacht hat, der – diesbezüglich etwas unwilligen – deutschen Bevölkerung diesen von langer Hand geplanten neuen Elitenkonsens schmackhaft zu machen. Als Ort hierfür wurde die Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2014 auserkoren, wo der Bundespräsident, zusammen mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, buchstäblich in die Offensive ging. Den „Sinn“ der Übung beschrieb Albrecht von Lucke folgendermaßen: „Was Gaucks Rede [...] so problematisch macht, ist die Tatsache, dass sie sich einfügt in den konzertierten Versuch, einen Paradigmenwechsel in der deutschen Außenpolitik herbeizuführen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: erstens den Wechsel von einer Kultur der Zurückhaltung zu einer ‚Kultur der Kriegsfähigkeit‘ (Josef Joffe), und zweitens den Wechsel von einer Kultur der Werte zu einer Kultur der Interessen.“⁶¹

Festzuhalten ist hier jedoch, dass weder die Ambitionen noch die Mittel besonders neu sind, neu ist vielmehr, dies nun offen auszusprechen und gleichzeitig anzukündigen, bei dieser Politik künftig noch weitaus aggressiver vorgehen zu wollen. Neben Afrika gilt hier vor allem dem Nachbarschaftsraum verstärkte Aufmerksamkeit, wenn es in dem Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ heißt: „In Europas südlicher und östlicher Nachbarschaft muss die EU als regionale Ordnungsmacht Stabilität und gute Regierungs-

Ukrainische „Zivilgesellschaft“ – Ein Praxisbeispiel

Seitens der EU wurden beträchtliche Summen in den Aufbau der ukrainischen „Zivilgesellschaft“ investiert. Dem „Non-State Actors and Local Authorities-Entwicklungsprogramm“ wurden zwischen 2011 bis 2013 2,9 Millionen Euro entnommen. Über das EU-Menschenrechtsinstrument überwiegt die EU im selben Zeitraum 3,6 Millionen Euro und die Fazilität für Zivilgesellschaft sah für diese Periode etwa 37 Millionen Euro für die gesamte östliche Nachbarschaft vor, wovon ebenfalls gute Teile in die Ukraine flossen. Zweifellos hat sich die Europäische Union also sehr um die ukrainische „Zivilgesellschaft“ bemüht: „Mit Blick auf die mannigfaltigen Programme scheint die EU die Zivilgesellschaft in der Ukraine stark finanziell zu unterstützen.“^[1] Doch diese beträchtlichen EU-Gelder machen noch nicht einmal den Löwenanteil an westlicher Unterstützung aus: „Der Großteil der finanziellen Unterstützung jedoch kommt von einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese Mittel ergänzen die EU-Programme und sind oft leichter zu handhaben, insbesondere, wenn die Botschaften der Staaten die Vergabe im Land selbst koordinieren. Die aktivsten Unterstützer ukrainischer Organisationen sind Schweden, Deutschland, die Niederlande, Großbritannien, Polen und Tschechien.“^[2]

Dabei ist sicher nicht jedes aus diesen Töpfen geförderte Programm problematisch, der Verdacht liegt aber sehr nahe, dass mit diesen Geldern eine pro-europäische Mobilisierungsreserve aufgebaut wurde, auf die bei Bedarf – wie nun nach der Ablehnung des Assoziationsabkommens – zurückgegriffen werden konnte. Wenigstens ein Beispiel aus einem Artikel, der sich mit der EU-Förderung der ukrainischen „Zivilgesellschaft“ befasst, sei hier angeführt, um diesen Verdacht zu erhärten: „Die EU [dient] der ukrainischen Zivilgesellschaft als Orientierungspunkt und Bezugsrahmen. Sie stärkt die Zivilgesellschaft implizit, indem sie Reformen einfordert und Standards setzt. Dieser externe Druck kann sowohl das Entstehen neuer Interessengruppen anregen als auch bereits bestehende in ihrer Arbeit unterstützen: Er wirkt als zusätzliches Druckmittel für reformorientierte zivilgesellschaftliche Gruppen. Die Gruppe »Wir sind Europäer« ist dafür ein interessantes Beispiel. Dieser inoffizielle Zusammenschluss umfasst junge Berufsanfänger aus unterschiedlichen Disziplinen, die auf Facebook verschiedene Themen mit EU-Bezug diskutieren und von Zeit zu Zeit öffentliche Anfragen starten und Aktionen durchführen. Als die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine im Jahr 2011 in eine Sackgasse gerieten und das Abkommen wegen bestehender Demokratiedefizite nicht unterzeichnet werden konnte, setzten mehr und mehr NGOs ihre Kapazitäten dafür ein, dass die Ukraine diese wichtige Chance nicht endgültig verpasst. Zwar geschieht dies bisher meist in Form öffentlicher Anfragen, doch die Anzeichen häufen sich, dass sich eine Form systematischeren Drucks auf politische Entscheidungsträger entwickelt.“^[3]

Anmerkungen

[1] Solonenko, Iryna: Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft, in: Ukraine-Analysen, Nr. 114, 12.03.2013, S. 6-8, S. 7.

[2] Ebd..

[3] Ebd., S. 6.

führung anstreben – und dabei nicht nur auf Regierungen zielen, sondern auf Zivilgesellschaften. [...] Deutsche Außenpolitik wird sich weiterhin der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente bedienen, von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“⁶²

Vor diesem Hintergrund finanzierte die deutsche und europäische Politik schon seit Jahren diverse pro-westliche Akteure in der Ukraine. Allein aus dem Topf des Europäischen Nachbarschaftsinstruments flossen zwischen 2007 und 2013 fast 1 Mrd. Euro ins Land, der Großteil davon war dafür bestimmt, die ukrainische Verwaltung „fit“ für die Implementierung des Assoziationsabkommens in nationale Gesetzgebung zu machen und sich einen pro-europäischen Beamtenapparat aufzubauen.⁶³ Weitere Millionenbeträge wurden seitens der EU zudem aber auch an – pro-westliche – zivilgesellschaftliche Gruppen weitergeleitet, wobei noch einmal deutlich mehr Gelder bilateral vergeben wurden (siehe Kasten „Zivilgesellschaft“).⁶⁴

Während die USA vor allem in die Vaterlands-Partei Julia Timoschenkos investierte, setzte Deutschland auf den ehemaligen Box-Weltmeister Vitali Klitschko, dessen Partei „Udar“ faktisch von der Konrad-Adenauer-Stiftung ins Leben gerufen wurde: „Wegen seines Erfolges wurde die Konrad-Adenauer-Stiftung auf ihn aufmerksam; wie der CDU-Politiker Werner Jostmeier berichtet, hat die CDU-nahe Stiftung Klitschko vor geraumer Zeit ‚damit beauftragt‘, ‚in der Ukraine eine christlich-konservative Partei unterstützend mit auf die Beine zu stellen und zu etablieren‘.“⁶⁵ Darüber hinaus machte sich vor allem noch die konservative Fraktion im EU-Palrament, die „Europäische Volkspartei“ (EVP) um Udar

„verdient“: „Klitschko ist unser Mann. Der hat eine klare europäische Agenda“, wird ein hochrangiger EVP-Abgeordneter zitiert.⁶⁶

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wer aus deutscher Sicht ursprünglich diese „Zivilgesellschaft“ bei den nächsten Wahlen hätte repräsentieren sollen. So schrieb Elmar Brok (CDU/EVP), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments: „Wir erleben Demonstrationen der Opposition, wie es sie auch schon bei der orangenen Revolution 2004 gegeben hat. Die Bürgerinnen und Bürger protestieren gegen Manipulationen der Regierung Janukowitsch und wollen verhindern, dass das Angebot der Europäischen Union eines Assoziierungs- und Freihandelsabkommens gegen ihren Willen ausgeschlagen wird. [...] Die Ukraine braucht Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Dem Präsidenten fehlt dazu der Mut, er scheut davor zurück, Russland entgegenzutreten. [...] Den besten Dienst würde er seinem Land erweisen, wenn er jetzt den Weg für Neuwahlen freimachen würde. [...] Vitali Klitschko hat das Zeug, bei der nächsten Wahl spätestens 2015 Staatspräsident der Ukraine zu werden.“⁶⁷

Wie selbstverständlich gaben sich dabei deutsche Spitzenpolitiker auf dem Maidan die Klinke in die Hand – vom damaligen Außenminister Guido Westerwelle bis zur Grünen Spitzenkandidatin Rebecca Harms wurde die Solidarität mit den Protestierenden und ihrer Forderung erklärt, den legal gewählten Präsidenten eines souveränen Staates aus dem Land zu jagen. Nachdem Janukowitsch dann – trotz eines zuvor ausgehandelten Kompromisses – aufgrund massiver Gewaltandrohungen am 21. Februar 2014 aus dem Land fliehen musste, wurde dieser Putsch als demokratische Sternstunde

begrüßt. Auch in den Medien wurden die Ereignisse wohlwollend als „erfolgreicher“ Praxistest der neuen deutschen Weltmachtspolitik bewertet: „Die Ukraine hat gezeigt, was deutsche Diplomatie erreichen kann, wenn sie selbstbewußt auftritt“, jubelt der Tagesspiegel. Und: „Endlich kann man sich vorstellen, was sich die Große Koalition unter einer ‚aktiveren deutschen Rolle in der Welt‘ vorstellt.“⁶⁸ Ähnlich zufrieden äußerte sich auch Klaus-Dieter Frankenberger unter dem Titel „Deutschland hat Verantwortung übernommen“: „Ohne die beharrliche Überzeugungsarbeit der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens hätten sich Führung und Opposition in der Ukraine wohl nicht verständigt. Das können sich auch die Amerikaner merken.“⁶⁹

Alles bestens also? Keineswegs! Frankenbergers letzter Satz enthält bereits einen wenig verklassulierten Seitenhieb, der auf heftige innerwestliche Konflikte hindeutet. Im Kern ging es dabei darum, ob in der Ukraine künftig ein pro-amerikanischer (Timoschenko oder jemand aus ihrer Partei) oder pro-deutscher (Klitschko) Präsident das Sagen haben wird. Wie ruppig es dabei hinter den Kulissen zur Sache ging, wurde vor allem über das abgehörte und ins Internet gestellte „Fuck-the-EU-Telefonat“ der im US-Außenministerium für Europafragen zuständigen Abteilungsleiterin Victoria Nuland bekannt: „Eine amerikanische Top-Diplomatin äußert sich abfällig über Brüssel. Die Kanzlerin nennt das absolut inakzeptabel – der Graben zwischen Berlin und Washington wächst.“⁷⁰

Was die deutsche Seite an dem Telefonat aber wirklich empörte, war nicht die etwas undiplomatische Wortwahl, sondern dass aus ihm klar hervorging, dass die USA augenscheinlich keinerlei Absicht hatten, den mit viel deutschem Geld und Know-how aufgepäppelten ehemaligen Box-Weltmeister Vitali Klitschko eine prominente Rolle übernehmen zu lassen: „Die US-Verantwortlichen schienen nicht begeistert von der Idee zu sein, dass Klitschko stellvertretender Ministerpräsident werden könnte. ‚Die Klitschko-Sache ist offenkundig das komplizierte Elektron hier‘, ist [der US-Botschafter in der Ukraine] Pyatt zu hören. Der Boxweltmeister sollte das Amt nicht antreten und ‚seine politischen Hausaufgaben‘ machen. Auch Nuland äußert sich skeptisch über eine Regierungsbeteiligung von Klitschko: ‚Ich glaube nicht, dass das notwendig und eine gute Idee ist.‘“⁷¹

Die USA, die laut Nuland seit Ende des Kalten Krieges 5 Mrd. Dollar für „Frieden und Demokratie“ in der Ukraine investiert hatten⁷², haben also keine Absicht, diese Investitionen zugunsten Deutschlands abzuschreiben. Wie heftig hier das Gerangel zwischen Deutschland und den USA war, zeigt ein zweites, am 31. Januar 2014 abgehörtes und ebenfalls im Internet veröffentlichtes Telefonat. In ihm beschwert sich die stellvertretende Generalsekretärin für politische Fragen des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Helga Schmid, gegenüber dem EU-Botschafter in der Ukraine, Jan Tombinski, lautstark über den amerikanischen „Verbündeten“: „Ich wollte Dir nur eine Sache noch vertraulich sagen. Die Amerikaner gehen ein bisschen rum und erzählen, dass wir zu weich sind, was Sanktionen angeht. [...] Was mich sehr ärgert ist, dass die Amerikaner rumgehen und die EU an den Pranger stellen und sagen, wir wären da zu soft. [...] Ich will Dir das nur sagen, dass Du vielleicht mit dem amerikanischen Botschafter auch sprichst und ihm sagst, wir sind überhaupt nicht soft. [...] Es ärgert mich, wenn die Presse jetzt berichtet, die EU ist nicht auf der Seite der Freiheit. [...] Es soll hier nicht um ein Wettrennen gehen, aber es ist wirklich sehr unfair, wenn sie das hier verbreiten.“⁷³

Die Ursachen für diese Reibereien liegen allerdings nicht allein darin, dass sich beide Seiten ein möglichst großes Stück vom ukrainischen Kuchen einverleiben wollen. Die US-Vorbehalte gegenüber einem deutschen Potentaten haben – zumindest aus ihrer dezidiert russlandfeindlichen Sicht – durchaus eine materielle Basis. Was-

ington sorgt sich darüber, dass die teils engen wirtschaftlichen Kontakte nach Russland eine (noch) härtere Linie Berlins verhindern und seine Industrie mäßigend einwirken könnte.⁷⁴ Obwohl sich die USA in den letzten Monaten wohl kaum über eine mangelnde „Härte“ der deutschen Russland-Politik beschweren können, sorgten sie dennoch dafür, dass die nach Janukowitschs Sturz gebildete Übergangsregierung von Personen der ihnen nahestehenden Timoschenko-Partei dominiert wurde. Daneben wurden noch Vertreter des faschistischen Lagers installiert (siehe Kasten „Braune Revolution“), Mitglieder der Klitschko-Partei „Udar“ blieben aber außen vor: „Timoschenkos Partei hat die Kontrolle, auch die Nationalisten haben sich wichtige Posten gesichert. Klitschkos Partei ist in der Regierung nicht vertreten“, fasste Zeit Online die feindliche Übernahme zusammen.⁷⁵

Doch Deutschland und Vitali Klitschko warfen daraufhin die Flinte nicht ins Korn, denn neben Julia Timoschenko erklärte auch der ehemalige Box-Weltmeister seine Absicht, bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 antreten zu wollen. Dass Timoschenko hochgradig korrupt ist, ist schon lange bekannt, doch erst jetzt, vor dem Hintergrund der wachsenden Konflikte mit den USA, entdeckten deutsche Medien die „Schwachstellen“ Timoschenkos: „So schnell kann’s gehen. Da hat man sich jahrelang von den deutschen Mainstreammedien eintrichtern lassen müssen, die inhaftierte ukrainische Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko sei ein unschuldiger Engel, und kaum kommt sie aus der Haft frei, da hört man das Gegenteil. Kritiker würfen ihr ‚dubiose Geschäfte‘ vor und hielten sie für ‚opportunistisch und skrupellos‘, hat das ZDF überraschend erfahren. Die Süddeutsche enthüllt, Timoschenko sei ‚als Teil einer dubiosen Wirtschafts- und Machelite selbst belastet‘. Die Welt hat gleich einen ganz schlimmen Verdacht: Timoschenko sei ‚wie Janukowitsch – nur hübscher und mit Zopf‘.“⁷⁶

Augenscheinlich gelangte Klitschko aber zu der Einsicht, er werde bei den Wahlen keine Chance haben. Aus diesem Grund warf er anschließend seinen Hut – und noch wichtiger, seinen Udar-Parteiapparat – hinter den Oligarchen Petro Poroschenko, der sich bei den Wahlen mit 54% gegen 12% deutlich gegen Julia Timoschenko durchsetzte. Klitschko wiederum gewann die Bürgermeisterwahlen in Kiew und steht – zumindest wenn es nach der deutschen Presse geht – für größeres zur Verfügung: „Gemeinsam mit seinem Verbündeten, dem wohl künftigen Präsidenten Petro Poroschenko, bildet der Zwei-Meter-Hüne ein schlagkräftiges Duo. Beobachter trauen dem einstigen Sportstar nach seinem überzeugenden Erfolg in der ukrainischen Hauptstadt eine glanzvolle Zukunft und noch höhere politische Ämter zu. Zumal Oligarch Poroschenko derzeit eher als ‚Übergangsfigur‘ gilt.“⁷⁷

Angesichts dessen ist es irrwitzig zu behaupten, die deutsche Politik sei in ihrer Ukraine-Politik – und anderswo auch – nichts anderes als der verlängerte Arm Washingtons. Allerdings sollten diese Konflikte auch nicht überbewertet werden, schließlich eint doch Washington und Berlin das Interesse, die westliche Einflussphäre auf Kosten Russlands auszudehnen, auch wenn man sich dabei über den Modus teils nicht ganz einig ist.

5. „Ernüchterung, Protest und soziale Unruhen“

Anfangs hatten die Maidan-Proteste sowohl reaktionäre als auch progressive Elemente: So spielten die Forderungen nach einer Abschaffung der Oligarchen-Herrschaft und einer Verbesserung der Lebensbedingungen neben der dezidiert anti-russischen und pro-europäischen Stoßrichtung zunächst durchaus eine wichtige Rolle. Zu diesem Zeitpunkt versuchten sich auch linke Gruppen wie „Borotba“ an den Maidan-Protesten zu beteiligen, was aller-

Ukraine: Braune Revolution

Linke Gruppen oder Parteien spielten bei den Protesten auf dem Maidan so gut wie keine Rolle. Verantwortlich hierfür waren vor allem faschistische Kräfte, die den Protestplatz regelrecht freiprügeln, wie der linke Gewerkschafter Denis Lewin ausführte: Die Linke ist auf dem Maidan praktisch nicht vertreten. Es gab mehrere Versuche von Linken, sich mit sozialen Forderungen dort zu positionieren, aber sie wurden mit Gewalt von den Rechten verdrängt. Das Programm auf dem Maidan wird von Rechtsradikalen diktiert, die dort für Sicherheitsfragen verantwortlich sind, und die Anführer der Proteste sind ohnehin rechte Politiker und Liberale aus der sogenannten Opposition.“ ([jungle World](#), 09.01.2014).

Auch andere Berichte bestätigen diese Aussage: „Es gibt eine wirklich beunruhigende Dominanz rechter bis neonazistischer Kräfte. Wer das Gebiet um den Maidan besucht, dem kann das eigentlich nicht entgehen: Keltenkreuze, Wolfsangeln, Runen, Schwarze Sonnen, SS-Schriftzüge, und seltener, aber doch: Hakenkreuze. [...] Das rechte Spektrum ist in zahlreiche Gruppen untergliedert, deren international prominenteste die Swoboda Oleg Tjagniboks ist, die mit der NPD befreundete Faschistenpartei, die mittlerweile vom deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier zum normalen Verhandlungspartner geadelt wurde. [...] Auf dem Platz fast noch präsenter sind andere Gruppen, die sich UPA, Bratstvo (Bruderschaft) oder ‚Rechter Sektor‘ nennen. Sie sind streng militärisch organisiert, zählen zu den aggressivsten Teilen des Protests und pflegen eindeutige Feindbilder. Ihre Traditionslinie führt immer zu dem Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera. Antisemitismus, antirussische und antikommunistische Ressentiments sind bei ihnen weit verbreitet.“ (Hintergrund, 26.02.2014)

Allein was bei [Wikipedia](#) zu Swoboda zu finden ist genügt, um zu verdeutlichen, wes Geistes Kind die Partei von Oleg Tjagnibok ist: „Im Mai 2013 stufte der Jüdische Weltkongress Swoboda als neonazistisch ein und forderte ein Verbot der Partei. Im selben Monat fand ein Besuch von Mandatsträgern der Swoboda bei der Fraktion der NPD im Sächsischen Landtag statt. [...] Im Juli 2013 unterzeichneten 30 israelische Knesset-Abgeordnete einen offenen Brief, der an den EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD) gerichtet war. Darin warnten sie vor dem Antisemitismus und der Russenfeindlichkeit der Partei und kritisierten, dass die beiden größten Oppositionsparteien in der Ukraine mit ihr zusammenarbeiten. Im August 2013 erklärte die deutsche Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke, Swoboda werde als eine rechtspopulistische und nationalistische Partei, die zum Teil rechtsextreme Positionen vertrete, eingeschätzt.“

Noch im Dezember 2012 hatte das EU-Parlament eine deutliche Kritik an die Adresse von Swoboda gerichtet, indem es in einem Entschließungsantrag hieß: „Das Europäische Parlament [...] erklärt sich besorgt wegen der zunehmenden nationalistischen Stimmung in der Ukraine, die zum Ausdruck kommt in der Unterstützung für die Partei ‚Swoboda‘ (Freiheit), welche dadurch als eine der beiden neuen Parteien in die Werchowna Rada eingezogen ist; weist darauf hin, dass rassistische, antisemitische und ausländergefeindliche Auffassungen im Widerspruch zu den Grundwerten und Grundsätzen der EU stehen, und appelliert daher an die demokratisch gesinnten Parteien in der Werchowna Rada, sich nicht mit der genannten Partei zu assoziieren, sie nicht zu unterstützen und keine Koalitionen mit ihr zu bilden.“ ([Entschließung](#) 2012/2889)

Dennoch berichtet [Spiegel Online](#) (17.03.2014), die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung habe mit Swoboda-Mitgliedern kooperiert, die etwa zur Konferenz „Lessons from the 2012 Parliamentary Elections“ und der Seminarreihe „The Higher School of Politics“ eingeladen worden sein sollen. Als dann die Proteste begannen, hatte man dann nicht nur kein Problem damit, dass Swoboda Teil des die Proteste anführenden Dreierbündnisses wurde und auf dem Maidan omnipräsent war. Mehr noch: Westliche Spitzenpolitiker hofierten Tjagnibok teils regelrecht und trugen so zu dessen Legitimierung und der Stärkung der Faschisten bei. So äußerte sich etwa der EU-Botschafter in der Ukraine, Jan Tombinski, im Dezember 2013 folgendermaßen: „Die Partei Swoboda hat zehn Prozent in den Wahlen gewonnen, sie unterstützt voll die Annäherung an die EU und ist daher ein gleichwertiger Partner.“ ([Focus](#), Nr. 52/2013)

Der Grund für die Charmeoﬀensive gegenüber rechtsradikalen Kräften liegt auf der Hand: Ohne die Faschisten wäre der Sturz von Janukowitsch nicht möglich gewesen, wie ein Vertreter des „Rechten Sektors“ („Pravy Sektor“) im Interview mit Thilo Jung betont: „Wir sind eine Vereinigung von rechten Organisationen, die sich inmitten der Euromaidan-Revolution zusammengeschlossen haben, um das Janukowitsch-Regime zu bekämpfen, und dabei auch an der Frontlinie waren. Es ist hauptsächlich uns zu verdanken, dass dieses Regime fiel. [...] Das Regime fiel nicht nur wegen uns, sondern auch wegen all dieser Menschen, die an diesen Straßenprotesten teilnahmen. Aber als es zum echten Kampf kam in dieser kriegsähnlichen Situation, in der es zum Waffengebrauch kam, da waren wir die Hauptkämpfer an der Frontlinie.“ ([Jung & Naiv](#), 08.03.2014)

Zum Dank für ihre „Verdienste“ wurden die Faschisten anschließend mit mehreren hochrangigen Posten in der ukrainischen „Übergangsregierung“ und im Apparat belohnt. Zu Anfang waren u.a. folgende Personen an der Putschregierung beteiligt: Alexander Sych (Swoboda): Stellvertretender Ministerpräsident; Igor Tenjuk (vermutlich Swoboda): Verteidigungsminister; Andrej Parubiy (Swoboda): Sekretär des nationalen Rates der Sicherheits- und Verteidigungspolitik; Dmitro Jarosch (Rechter Sektor): Stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates; Sergej Kwit (Swoboda): Bildungsminister; Andrej Mokhnyk (Swoboda): Umweltminister; Igor Shwaika (Swoboda): Landwirtschafts- und Ernährungsminister; Oleg Machnizkij (Swoboda): Generalstaatsanwalt ([Voltaire.net.org](#), 06.03.2014).

Vor diesem erschreckenden Hintergrund ist der ungewöhnlich scharfen Kritik des ehemaligen EU-Erweiterungskommissars Günter Verheugen nur zuzustimmen: „Was die jetzige Situation so schwierig macht und auch das Gespräch [mit Russland] so schwierig macht, hat ja eine Ursache auch in Kiew selber, nämlich die Tatsache, dass dort ein fataler Tabubruch begangen worden ist, dem wir auch noch applaudieren, der Tabubruch nämlich, zum ersten Mal in diesem Jahrhundert völkische Ideologen, richtige Faschisten in eine Regierung zu lassen, und das ist ein Schritt zu weit.“ ([Deutschlandfunk](#), 18.03.2014)



Klitschko (Udar), Jatsenjuk (Batkiwschtschina) und der Swoboda-Anführer Tjagnibok bei den Maidan-Protesten. Quelle: Wikipedia, Ivan Bandura CC.



Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der Ukraine und der EU Ende März 2014. Foto: Europäische Union

dings auf erbitterten Widerstand stieß (siehe auch Kasten: Braune Revolution). So wird eine Borotba-Aktivistin folgendermaßen zitiert: „Zu Beginn der Maidan-Proteste haben einige Mitglieder unserer Gruppe versucht, dort auch soziale Themen anzusprechen. [] Unsere Leute waren dort mit Gewerkschaften unterwegs und verteilten Flugblätter, aber dann rief der Redner auf der Hauptbühne dazu auf, den Infostand anzugreifen, mehrere unserer Mitglieder wurden zusammengeschlagen, das Zelt zerstört. Danach haben wir nicht mehr versucht, uns an den Maidan-Protesten zu beteiligen. [] Später haben dann die liberalen und rechten Parteien die Proteste unter ihre Kontrolle gebracht, wenn man mitmachen wollte, musste man sich deren Zielen unterordnen. Sie wollten offensichtlich eine Eskalation herbeiführen. Angesichts dieser Entwicklung haben wir dann begonnen, stattdessen Antikriegskundgebungen zu organisieren.“⁷⁸

Somit ist es kein Wunder, dass sich die Dominanz rechtsradikaler und pro-europäischer Gruppen dann auch in der Zusammensetzung des Dreierbündnisses niederschlug, das schnell die Führung der Maidan-Proteste an sich riss. Es bestand einmal aus der faschistische Partei „Swoboda“ („Freiheit“) mit Oleg Tjagnibok an der Spitze. Ferner waren noch die US-nahe Partei „Batkiwtschyna“ („Vaterland“) von Julia Timoschenko und die von Deutschland protegierte „Udar“ („Schlag“) von Vitali Klitschko mit dabei. Die Putschregierung mit dem Ministerpräsident Arseni Jazenjuk und Interimspräsident Alexander Turtschinow an der Spitze wurde dann aber von der Timoschenko-Partei (unter substanzieller Beteiligung rechtsradikaler Kräfte) dominiert, während Udar-Mitglieder, wie bereits erwähnt, komplett außen vor blieben.

Jedenfalls muss es leider nicht verwundern, wenn die progressiveren Forderungen der Maidan-Proteste von den neuen Machthabern angesichts dieser Zusammensetzung schnell verraten und verkauft wurden. So stärkte die Übergangsregierung mit der Einsetzung von Sergej Tatura und Igor Kolomojsky als Gouverneure von Donezk und Dnepropetrowsk sogar noch die Oligarchen-Herrschaft im Land. Wenn dabei mancherorts beklagt wird, es habe keine Revolution, sondern lediglich ein „Oligarchenwechsel“⁷⁹ stattgefunden, ist sogar das noch beschönigend: „Das oligarchische Personal wurde lediglich ausgetauscht, ja mehr noch, mit Antritt der Übergangsregierung sind die Oligarchen aus dem Hintergrund, aus dem heraus

sie davor ihren Einfluss wahrnahmen, nun als neue Gouverneure, als Gebietschefs, als Sonderbeauftragte, die offen anstelle der Kiewer Regierung entscheiden, als Präsidentschaftsanwärter selbst auf die politische Bühne getreten, nun aber noch dazu als offene Statthalter des ‚Westens‘.“⁸⁰

Die Wahl des milliardenschweren Petro Poroschenko, der seit Jahren – wenn auch auf wechselnden Seiten – ein integraler Teil des ukrainischen Establishments ist⁸¹, kann hier als weiterer Ausdruck für die Stärkung der Oligarchen-Herrschaft gesehen werden. Auch wenn er den meisten Beobachtern als der beste Kandidat unter den Oligarchen gilt und er angekündigt hatte, ihre Macht einschränken zu wollen⁸², ist diese Ankündigung doch mit Vorsicht zu genießen. Schließlich ist Poroschenko, wie es Kai Ehlers ausdrückt, „im Krieg der Oligarchen, mit denen er es aufnehmen will, ein Hecht unter Hechten.“⁸³ Große Hoffnung scheinen

auch die Ukrainer selbst nicht in Poroschenko zu setzen: „Nach einer Umfrage sagen auch nur 4 Prozent der Ukrainer, er sei ehrlich. Aber weil er clever ist und wegen seines Geldes unabhängig zu sein scheint - der Berlusconi-Effekt -, ist er offensichtlich attraktiv. Die Machtelite der Ukraine kreist in sich selbst. Es werden wie im Feudalismus Plätze getauscht, aber die Machtstruktur bleibt erhalten.“⁸⁴

Wirtschaftspolitisch jedenfalls zeichnen sich keine Unterschiede zwischen dem Kurs der Putschregierung und Poroschenko ab, der im Wesentlichen darin besteht, die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds haargenau umzusetzen. Nachdem Russland aus nachvollziehbaren Gründen nicht mehr bereit war, seine vorherigen Finanzzusagen einzuhalten, bewilligte der IWF der Ukraine am 30. April 2014 einen Kredit in Gesamthöhe von 17 Mrd. Dollar. Er soll bis 2016 in vierteljährlichen Raten ausbezahlt werden, wobei die erste Tranche im Umfang von 3,2 Mrd. Anfang Mai 2014 überwiesen wurde.⁸⁵ Die Vergabe der IWF-Kredite war bzw. ist jedoch an verschiedene Bedingungen geknüpft, zuvorderst an solche, mit denen eine Verbesserung der Lebensbedingungen für weite Teile der Bevölkerung in unerreichbare Ferne rückt: „So nimmt Kiew Abstand von Plänen der vorigen Regierung, die Renten und den Mindestlohn (ca. 45 Cent pro Stunde) geringfügig zu erhöhen, und friert beides ein. Schon im März hat das Parlament beschlossen, den Staatshaushalt um 17 Prozent zu kürzen; insgesamt sollen gut 24.000 Beamte entlassen werden, das sind rund zehn Prozent aller Staatsbediensteten.“⁸⁶ Hierbei handelt es sich allerdings nur um einen Teil der vereinbarten Maßnahmen: „Die bereits beschlossene Absenkung der Mehrwertsteuer wird zurückgenommen, sie verbleibt somit bei stolzen 20 Prozent. Auch für Gas und Wärme müssen die ukrainischen Bürger künftig tiefer in die Tasche greifen. Schon zum 1. Mai sollte der Endverbraucherpreis für Gas um 56 Prozent angehoben werden, hatten die neuen Herren in Kiew, denen die Nation so wichtig ist, dass sie darüber einen Bürgerkrieg beginnen, dem IWF versprochen. Zum 1. Juli wird die Fernwärme mit einem Preisaufschlag von 40 Prozent folgen. 2015 sollen dann sowohl Gas als auch Wärme noch einmal um 40 Prozent verteuert werden, und auch für nachfolgenden Jahre bis 2018 einschließlich sind weitere Aufschläge um dann jeweils 20 Prozent vorgesehen.“⁸⁷

Konsequent umgesetzt wurde dagegen das dezidiert anti-russische und pro-europäische Programm der Maidan-Proteste. Auch hier griff der IWF „hilfreich“ unter die Arme, indem er die Auszahlung der Kredittranchen an die Bedingung knüpfte, die noch ausstehen-

den Teile des Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, wie Peter Stano, Sprecher von EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle, freimütig einräumt: „Diese noch nie dagewesene Höhe an Hilfgeldern steht in direktem Zusammenhang damit, dass die Ukraine das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet und in Kraft setzt.“⁸⁸ Bei Poroschenko, an dessen pro-europäischer Agenda ohnehin kaum Zweifel bestanden, trafen solche Forderungen auf offene Ohren, weshalb es nicht verblüffen konnte, dass auch die handelspolitischen Passagen des Assoziationsabkommens am 27. Juni 2014 unterzeichnet wurden. Hiermit fällt der neue Machthaber in Kiew aber gegen den erklärten Willen substantieller Teile der Bevölkerung eine „Richtungsentscheidung“⁸⁹. Denn faktisch ist und bleibt das Land weiter zwischen einer eher pro-russisch und einer eher pro-europäisch orientierten Bevölkerung tief gespalten. So sprachen sich einer Umfrage vom April 2014 zufolge im Südosten des Landes lediglich knapp 25% der Bevölkerung für eine Annäherung an die EU aus, während knapp 47% einen Beitritt zur Zollunion befürworteten.⁹⁰

Unter diesen Umständen wäre es naheliegend, ernsthaft über eine dauerhafte Neutralität des Landes nachzudenken, die von Russland und dem Westen mit verlässlichen Garantien zugesichert werden müsste. Dies würde sowohl der Spaltung der ukrainischen Bevölkerung Rechnung tragen als auch verhindern, dass das Land noch auf viele Jahre hinweg zum Schauplatz der machtpolitischen Großmachtkonflikte wird. Während Russland andeutete, sich hiermit arrangieren zu können⁹¹, scheint man jedoch im Westen hiervon wenig wissen zu wollen.⁹² Vor diesem Hintergrund ist auch Moskau dazu übergegangen, jede sich bietende Gelegenheit zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu nutzen, wie schon die unter völkerrechtswidrigen Umständen erfolgte Aufnahme der Krim-Halbinsel zeigte.⁹³ Es wäre deshalb auch naiv zu glauben, Russland würde die separatistischen Kräfte im Osten des Landes nicht in der ein oder anderen Form unterstützen, wenn auch das genaue Ausmaß unklar ist.⁹⁴ Allerdings heißt dies in keiner Weise, dass dort eine allein von Moskau gesteuerte Minderheit agieren würde: Der Aufstand lässt sich in seiner Breite nur dadurch verstehen, dass große Teile der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung inzwischen durch das Agieren rechtsradikaler Kampfverbände vollkommen nachvollziehbar um Leib und Leben fürchten. Einer der traurigen Höhepunkte stellte hier die grausame Ermordung von 46 Menschen im Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai 2014 dar, nur wenige Tage bevor es in Donezk und Lugansk zu einem Referendum über den Verbleib in der Ukraine kam: „Der deutliche, vom Zorn über das Blutvergießen der vergangenen Wochen offenbar noch verstärkte Andrang in den Wahllokalen schien aber zu zeigen, dass im Donbass der Wunsch zur Abspaltung von der Ukraine längst über die engen Kreise der aktiven Separatisten hinausgewachsen ist und einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung erfasst hat.“⁹⁵ In diese, ohnehin schon hochbrisante Situation, goss der IWF noch einmal kräftig Öl ins Feuer, nachdem die Gewährung weiterer Kredite augenscheinlich an die „erfolgreiche“ Kontrolle der im Aufstand befindlichen Landesteile gekoppelt wurde: „Der neue Präsident steht unter erheblichem Druck des Internationalen Währungsfonds. Der macht für die Auszahlung bereits bewilligter Kredite zur Bedingung, dass die Ukraine keine weiteren Territorien verliert.“⁹⁶

Seither reißen die Auseinandersetzungen nicht mehr ab und nehmen immer weiter an Schärfe zu. Bereits früh ersuchte Kiew bei der Europäischen Union um Unterstützung bei der Niederschlagung des Aufstandes. Dies geschah in Form eines Briefes vom 8. Mai 2014, den der damalige Außenminister Andrii Deshchytzia an die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton adressierte: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn es eine dauerhafte Unterstützung der EU geben würde, die darauf abzielt, der russischen Aggression

entgegentreten und die innere Situation zu stabilisieren.“⁹⁷ Auf dieser Grundlage beschloss der Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 23. Juni 2014 die Entsendung „strategischer Berater“ im Rahmen einer EU-Polizeimission in die Ukraine. Im Missionskonzept heißt es zum Auftrag des Einsatzes: „Das strategische Ziel besteht darin, Bedingungen zu schaffen, die eine stabilisierte Sicherheitslage ermöglichen sowie die Wiedereinführung des Primats der Rechtsstaatlichkeit und die Verbesserung der Fähigkeiten der ukrainischen Behörden, die adäquate und demokratische Kontrolle der Institutionen zu gewährleisten, die mit der inneren Sicherheit befasst sind.“⁹⁸

Wirft man allerdings einen genaueren Blick in das Missionskonzept, so wird deutlich, dass die Europäische Union hier mehr im Blick hat, als Kiew „nur“ im Kampf gegen pro-russische Kräfte im Südosten zu unterstützen. Wie aus einer Passage ersichtlich wird, die mit dem Titel „Mögliche Risiken für die Missionsziele“ überschrieben ist, spielt hier ebenfalls die Sorge vor sozialen Unruhen in anderen Landesteilen eine wesentliche Rolle: „Sollten die ukrainischen Behörden nicht in der Lage sein, die legitimen Ansprüche der Bevölkerung, egal ob sie aus dem Westen oder Osten stammen und ob sie diese Regierung unterstützen oder nicht, auf effiziente und rechtsbasierte Fähigkeiten ihrer Strafverfolgungseinrichtungen einzulösen, existiert mittel- bis langfristig die Gefahr von Ernüchterung, Protest und sozialen Unruhen.“⁹⁹

Allen Beteiligten dürfte hierbei klar sein, dass die mit voller westlicher Unterstützung betriebene Politik der neuen ukrainischen Machthaber „Ernüchterung, Protest und sozialen Unruhen“ billigend in Kauf nimmt, ja geradezu herbeigeführt: „Der Druck der Reformen, welche die EU und der IWF auf dem Weg zu zukünftigen Assoziierungsvereinbarungen versprochen haben, lässt auch für die Zukunft weitere Proteste erwarten, zumal sie auch den Bodensatz der Maidan-Forderungen bildeten, die bis jetzt in keiner Weise erfüllt wurden. Auch in Kiew und auch im Westen der Ukraine ist die soziale Misere, ungeachtet der nationalistischen Beimischungen, die sich im Laufe der Maidan-Entwicklung selbstständig haben, ein treibendes Element der Unzufriedenheit gewesen. Wachsende soziale Proteste sind auch im Westen und in Kiew zu erwarten, denn anstelle der Regierung von Räubern hat die Ukraine nun eine von Erpressern bekommen.“¹⁰⁰ Hier liegt die eigentliche Hoffnung und Perspektive: Dass sich mehr und mehr Menschen in der Ukraine dem Versuch widersetzen, die den Konflikten zugrundeliegenden sozio-ökonomischen Ursachen in nationalistische Kanäle umzuleiten – und es ist diese „Gefahr“, die die neuen Machthaber in Kiew und ihre westlicher Unterstützer augenscheinlich am meisten fürchten.¹⁰¹

Jürgen Wagner ist Politikwissenschaftler und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Anmerkungen

- 1 Natürlich kann von Interessen „der“ Europäischen Union nicht wirklich gesprochen werden – besonders nicht in der Außen- und Sicherheitspolitik, wo es die großen Nationalstaaten sind, die weitgehend im Alleingang die Agenda bestimmen. In diesem Sinne sollte die Verwendung „der“ Europäischen Union im Folgenden denn auch verstanden werden. Vgl hierzu Lösing Sabine/Wagner, Jürgen: Oligopolisierung des Rüstungssektors?, in: Z - Nr. 94, Juni 2013, S. 89-101.
- 2 So schreibt etwa die deutsche Gesellschaft zur Außenwirtschaftsförderung: „Die Ukraine könnte nach Abschluss und Umsetzung des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens mit der EU mittel- bis langfristig Schritt für Schritt zu einem zweiten Tschechien werden. Das Land kann große Lohnkostenvorteile gegenüber Mitteleuropa, die geografische Nähe zu wichtigen Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte zu ihren Gunsten ins Feld führen.“ (In der Ukraine stehen Modernisierungen an, Germany Trade & Invest, 24.04.2014)
- 3 Stürmer, Michael: Russland oder die EU – wer bekommt die Ukraine? [Die Welt](#), 23.10.2013.
- 4 Griechenland dient als Lehrstück, [Handelsblatt](#), 27.03.2014.
- 5 Sirisa-Chef Tsipras: IWF wird die Ukraine plündern, [RIA Novosti](#), 13.05.2014.
- 6 Schulz, Martin: Die Außenpolitik der Europäischen Union im 21. Jahrhundert: Vision, Ambition, Wirklichkeit, Brüssel, 26.02.2013. Siehe auch die Aussagen des früheren englische Premierministers Tony Blair: „Für Europa ist es wesentlich, dass es versteht, dass die einzige Möglichkeit, um Unterstützung für Europa zu erhalten, heute nicht auf einer Art Nachkriegssicht basieren kann, dass die EU notwendig für den Frieden ist. [...] Die Existenzberechtigung Europas basiert heute auf Macht, nicht auf Frieden. [...] In einer Welt, in der vor allem China dabei ist, zur dominierenden Macht des 21. Jahrhunderts zu werden, ist es für Europa vernünftig, sich zusammenschließen, um sein kollektives Gewicht zu nutzen, um globalen Einfluss zu erlangen.“ (Hough, Andrew: Tony Blair: EU needs elected president, former PM says, [The Telegraph](#), 09.06.2011).
- 7 Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Brüssel, 31.10.2012, Artikel 1.
- 8 Five EU countries call for new military 'structure', [EUobserver](#), 16.11.2012.
- 9 Towards a European Global Strategy. Securing European Influence in a Changing World”, Final Report, 28.05.2013, S. 11.
- 10 Verantwortlich hierfür war die – zumindest so empfundene – existenzielle Bedrohung durch die Sowjetunion, der die EU-Staaten allein wenig entgegenzusetzen hatten. Dies machte die Vereinigten Staaten zwangsläufig zur unbestrittenen Hegemonialmacht im westlichen Bündnis. Ohnehin galt darüber hinaus der „deutschen Frage“, der Einbindung des deutschen Machtstrebens, in den Anfangsjahrzehnten der Europäischen Union die Hauptaufmerksamkeit, weshalb die „innere Integration“ im Vordergrund stand. Diese „Strukturdeterminanten“ ließen der Europäischen Union lange Zeit wenige Möglichkeiten, ihre Macht- und Einflussphäre massiv auszuweiten. Mit dem Untergang der Sowjetunion, dem – schrittweisen – Machtverlust der Vereinigten Staaten sowie der deutschen Wiedervereinigung veränderten sich alle bisherigen Rahmenbedingungen ab Anfang der 1990er Jahre grundlegend. Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010, S. 51ff.
- 11 Leaman, Jeremy: Hegemonialer Merkantilismus: Die ökonomische Doppelmoral der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2008, S. 76-90, S. 77.
- 12 Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen, Wien 2007, S. 254.
- 13 Weitere Maßnahmen beinhalteten die Kürzung der Geldmittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds sowie die – bis heute allerdings noch nicht realisierte – Möglichkeit, das in der Außen- und Sicherheitspolitik geltende Konsensprinzip über die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ zu unterlaufen. Vgl. hierzu Wagner, Jürgen: Brüssel, das neue Rom? Studien zur Militarisation Europas 36/2008.
- 14 Auf diese gravierende Machtverschiebung wurde teils schon frühzeitig hingewiesen. Sie wird zusätzlich noch durch die Ausweitung der Bereiche akzentuiert, in denen inzwischen per qualifizierter Mehrheit entschieden wird. Vgl. Wehr, Andreas: Europa ohne Demokratie? Köln 2004, S. 71ff.
- 15 „Kurz vor dem Jahrestag der EU-Osterweiterung hat sich etwa der tschechische Ex-Präsident Vaclav Klaus kritisch über die Machtverteilung in Brüssel geäußert. ‚Ich muss brutal sagen, dass wir null Einfluss haben‘, sagte Klaus nach Angaben der Agentur CTK am Dienstag in Prag. Die EU habe den europäischen Großmächten eine ‚gewaltige Position‘ eingeräumt. ‚Es gibt zahlreiche Entwicklungen, die eher eine Rückkehr zu dem Regime und dem System sind, das wir 1989 verlassen haben‘, so der langjährige neoliberale EU-Kritiker.“ (Hofbauer, Hannes: Das Geschäft Osterweiterung läuft, [Neues Deutschland](#), 30.04.2014)
- 16 Denkbar ist allenfalls noch die Aufnahme der restlichen Balkanstaaten, denen eine Beitrittsperspektive explizit eingeräumt wurde.
- 17 Vobruba, Georg: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, in: Osteuropa 2-3/2007, S. 7-20, S. 7.
- 18 Um genau zu sein, umfasst die ENP die Palästinensische Autonomiebehörde und 15 Staaten. Im Süden Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien. Im Osten Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien und die Ukraine.
- 19 Ferrero-Waldner, Benita: „Europa als globaler Akteur – Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik“, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin, 24.01.2005.
- 20 Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 11.3.2003, S. 5.
- 21 Dies ist nicht weiter verwunderlich, wurden doch dieselben zuvor für die EU-Osterweiterung zuständigen Beamten anschließend mit der Ausgestaltung der ENP betraut. Konzepte wurden dabei sogar so stur eins zu eins übernommen, dass teilweise sogar peinlicherweise vergessen wurde, die Namen der osteuropäischen Staaten durch die der ENP-Länder zu ersetzen. Vgl. Kelley, Judith: New Wine in Old Wine-skins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy, Journal of Common Market Studies, Nr. 1/2006, S. 29-55, S. 33.
- 22 Größeres Europa 2003, S. 10.
- 23 Vgl. etwa Hinnebusch, Raymond: Europe and the Middle East: From Imperialism to Liberal Peace? in: Review of European Studies Vol. 4, No. 3, July 2012, S. 18-31; Teti, Andrea:

- The EU's First Response to the 'Arab Spring': A Critical Discourse Analysis of the Partnership for Democracy and Shared Prosperity, in: *Mediterranean Politics*, Nr. 3/2012, S. 266-284; Reynaert, Vicky; Preoccupied with the Market: The EU as a Promoter of 'Shallow' Democracy in the Mediterranean, in: *European Foreign Affairs Review*, Nr. 16/2011, S. 623-637; Brand, Martin: Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?, in: *Utopie kreativ*, H. 217 (November 2008), S. 988-1006.
- 24 Dimitrova, Bohdana: Imperial re-bordering of Europe: the case of the European Neighbourhood, in: *Cambridge Review of International Affairs*, Nr. 2/2012, S. 249-267, S. 254.
- 25 Zwischen 2000 und 2006 existierten noch zwei gesonderte Programme, MEDA und TACIS. Der ENPI-Haushalt wurde kurz nach den arabischen Revolutionen noch einmal um 1,24 Mrd. Euro substanzial erhöht. Im ersten Haushaltsentwurf 2014-2020 waren sogar 18,2 Mrd. Euro eingestellt.
- 26 Vgl. zu den weiteren Programmen und Geldtöpfen Springmann, Leonard: Neoliberales Expansionsprojekt.
- Die Europäische Nachbarschaftspolitik im südlichen Mittelmeerraum – das Beispiel Ägypten, IMI-Studie 2013/09.
- 27 Vgl. Lösing, Sabine/Wagner, Jürgen: Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik, in: *Wissenschaft & Frieden*. H. 4. 2011, S. 36-38.
- 28 Größeres Europa 2003, S. 10.
- 29 Posener, Alan: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, München 2007, S. 101.
- 30 Becker, Joachim: Assoziierung Teil des Problems, nicht der Lösung. Die EU-Strategie im Ukraine Konflikt, in: *Weltwirtschaft & Entwicklung* 03-04/2014, S. 1-4, S. 1.
- 31 CEPS/IFW/ICPS: The Prospects of Deep Free Trade between the EU and Ukraine, Brüssel 2006.
- 32 Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits, Amtsblatt der Europäischen Union, 57 Jg. 29.05.2014. Die im Fließtext in Klammern angegebenen Artikel beziehen sich auf dieses Dokument).
- 33 Štefan Füle, Statement on the pressure exercised by Russia on countries of the Eastern Partnership, European Commission, Speech 13/687, 11.09.2013.
- 34 Movchan, Veronika/Giucci, Ricardo: Quantitative Assessment of Ukraine's Regional Integration Options, Institute for Economic Research and Policy Consulting, Policy Paper 05/2011.
- 35 European Commission: EU-Ukraine Deep and Comprehensive Free Trade Area, Reading Guide, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/april/tradoc_150981.pdf, S. 2.
- 36 Freier Markt mit EU wird die Ukraine bankrott machen, *Stimme Russlands*, 07.11.2013.
- 37 Freihandel mit „Ost und West“ ist doch möglich! Newsletter Deutsche Beratergruppe Ukraine, Nr. 66, April 2014, S. 1.
- 38 Hofbauer, Hannes: Europas Schlusslicht, *Neues Deutschland*, 13.03.2014.
- 39 Ivanter, Viktor u.a.: The Economic Effects of the Creation of the Single Economic Space and Potential Accession of Ukraine, in: *Eurasian Integration Yearbook 2012*, Eurasian Development Bank 2012, S. 19-41.
- 40 In der Ukraine stehen Modernisierungen an, *Germany Trade & Invest*, 24.04.2014.
- 41 Becker 2014, S. 1. Ähnlich argumentiert auch die *Stimme Russlands* (07.11.2013): „Ukrainische Waren werden in Preis und Qualität schwer mit den europäischen Waren konkurrieren können. Letztere werden die einheimische Produktion vom Binnenmarkt verdrängen. Und am Außenmarkt werden die ukrainischen Waren keinen Käufer finden. [...] Was den Maschinenbau betrifft, so wird diese Produktion wegen der Aufhebung der Subventionen nicht konkurrenzfähig sein. Dafür aber wird die Vereinbarung mit der EU die Ukraine verpflichten, alle Wirtschaftszweige in Einklang mit dem technischen Regelwerk der EU zu bringen. [...] Jene ukrainischen Produzenten, die nicht zu den europäischen Standards übergehen werden, verlieren ihr Recht, ihre Produktion zu verkaufen.“
- 42 Partei der Regionen: EU-Assoziierung wird Millionen in der Ukraine arbeitslos machen, *RIA Novosti*, 13.11.2013.
- 43 Ukrainischer Premier Asarow bestätigt: Handel mit Russland hat jetzt Vorrang, *RIA Novosti*, 22.11.2013.
- 44 So gibt EU-Erweiterungskommissar Füle an: „Es trifft zu, dass die Mitgliedschaft in der Zollunion nicht kompatibel mit den Tiefen und umfassenden Freihandelsabkommen ist, die wir mit der Ukraine, Moldawien, Georgien und Armenien ausgehandelt haben. [...] Das ist rechtlichen Unvereinbarkeiten geschuldet: beispielsweise kann man nicht gleichzeitig seine Zölle als Ergebnis des DCFTA senken und sie als Resultat einer Mitgliedschaft in der Zollunion erhöhen.“ Siehe Füle 2013.
- 45 Sommer, Theo: Und nun Kalter Krieg?, *Zeit Online*, 18.03.2014.
- 46 Vgl. hierzu ausführlich Wagner, Jürgen: Russlands Roll Back. Ukraine, Kirgisien und die Auseinandersetzungen um den postsowjetischen Raum, in: *AUSDRUCK* (Oktober 2010), S. 18-23.
- 47 Atilgan, Canan u.a.: Die Eurasische Union. Ein Integrationsprojekt auf dem Prüfstand, in: *Kas Auslandsinformationen*, 2/2014, S. 8-51.
- 48 Meckel, Markus u.a.: Deutsche Außenpolitik und Östliche Partnerschaft, Positionspapier der Expertengruppe Östliche Partnerschaft, DGAPstandpunkt Nr. 1/2012, S. 2. Zit. nach Achelpöhl, Wilhelm/Cremer, Uli: Ukraine: Wir müssen über Geopolitik reden, Grüne Friedensinitiative, 04.03.2014.
- 49 Friedman, George: Russia Examines Its Options for Responding to Ukraine, *Stratfor Geopolitical Weekly*, 18.03.2014.
- 50 Vgl. Huber, Maria: Demokratieexport nach Osteuropa: US-Strategien in der Ukraine, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12/2005, S. 1463-1472.
- 51 Druck aus Moskau treibt Ukraine in die Arme der EU, *euractiv*, 30.08.2013.
- 52 Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin 1997, S. 74f.
- 53 Ashton, Catherine: Preparing the December 2013 European Council on Security and Defence, Final Report by the High Representative/Head of the EDA on the Common Security and Defence Policy, Brussels, 15 October 2013, S. 2.
- 54 Vgl. Bundestags-Drucksache 18/1221, S. 4.
- 55 So schreibt etwa Lilia Shevtsova vom „Carnegie Endowment for International Peace“: „In der Ukraine ist das postsowjetische Entwicklungsmodell zusammengekracht, das alle neue unabhängige Staaten (bis auf das Baltikum) prägt. Die Ukraine ist zu dem schwächsten Glied in der postsowjetischen Kette geworden. Man müsste im Auge behalten, dass ähnliche Umwälzungen auch in anderen Ländern möglich sind.“ (*Süd-deutsche Zeitung*, 25.02.2014)
- 56 Rogers, James: A letter from Prof. Sir Halford Mackinder to European leaders on Russia's invasion of Ukraine, *European Geostrategy*, 09.03.2014.
- 57 Umland, Andreas: Tor zum Osten oder Krisenherd? in: Inter-

- 58 nationale Politik, November/Dezember 2013, S. 108-112.
Blome, Nikolaus u.a.: Ein Profi für Runde zwei, [Spiegel](#) 50/2013.
- 59 Neue Macht – Neue Verantwortung, Stiftung Wissenschaft und Politik/German Marshall Fund, September 2013, S. 2.
- 60 Kleine-Brockhoff wird Gaucks Planungschef, [Süddeutsche Zeitung](#), 18.07.2013.
- 61 Lucke, Albrecht von: Der nützliche Herr Gauck, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2014, S. 5-8, S. 6.
- 62 Neue Macht – Neue Verantwortung 2013, S. 26 und 7.
- 63 European Neighbourhood and Partnership Instrument: Ukraine, National Indicative Programme 2011-2013, URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_ukraine_en.pdf
- 64 Solonenko, Iryna: Eher Partner als Geber – die EU und die ukrainische Zivilgesellschaft, in: Ukraine-Analysen, Nr. 114, 12.03.2013, S. 6-8, S. 7.
- 65 Protestbündnis für Europa, [German-Foreign-Policy.com](#), 26.11.2013. Laut der in der [Tagesschau](#) (Klitschkos internationale Verbindungen, 20.12.2013) zitierten KAS-Leiterin in der Ukraine habe sich die Geschichte genau andersherum zugetragen: „2006, als Klitschko führendes Mitglied der politischen Bewegung ‚Pora‘ war, entstand der erste Kontakt zur CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), erzählt die Leiterin des Stiftungsbüros in Kiew, Gabriele Baumann. Als der Oppositionspolitiker vor drei Jahren die Partei Udar (Schlag) gründete, fragte er Hilfe bei der KAS an: ‚Vitali Klitschko kam auf uns zu. Er bat um informelle Kontakte zur CDU und zur Europäischen Volkspartei sowie um Unterstützung mit Seminaren und Schulungen.‘“
- 66 Blome u.a. 2013.
- 67 Rhein-Neckar-Zeitung, 02.12.2013.
- 68 Kronauer, Jörg: Entschlossene Weltpolitik, [junge Welt](#), 26.02.2014.
- 69 Frankenberger, Klaus-Dieter: Deutschland hat Verantwortung übernommen, [FAZ](#), 22.02.2014.
- 70 [Süddeutsche Zeitung](#), 08.02.2014.
- 71 Europa-Beauftragte der USA: „Fuck the EU“, [Focus](#), 06.02.2014.
- 72 „Auf der ‚International Business Conference at Ukraine‘ in Washington hatte sie [Nuland] am 13. Dezember 2013 allerdings selbst gesagt: ‚Seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 haben die Vereinigten Staaten die Ukrainer darin unterstützt, demokratische Fähigkeiten und Institutionen aufzubauen sowie Bürgerbeteiligung und eine gute Regierungsführung zu fördern – all das sind Voraussetzungen für die Ukraine, damit sie ihre europäischen Bestrebungen erreichen kann. Wir haben mehr als fünf Milliarden Dollar investiert, um die Ukraine in diesen und anderen Zielen zu unterstützen.‘“ (Rude, Matthias: Die Geister, die sie rufen, [Hintergrund](#), 25.02.2014)
- 73 <http://www.youtube.com/watch?v=tdCVHRKL-y0>
- 74 Was Sanktionen anbelangt, sprechen sich wichtige deutsche Wirtschaftsvertreter immer wieder scharf dagegen aus. So zitiert [German-Foreign-Policy.com](#) (18.03.2014) den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft: „Wenn jetzt eine Spirale aus gegenseitigen Wirtschaftssanktionen in Gang gesetzt wird, droht die europäische Wirtschaft nachhaltig Schaden zu nehmen“. Auch Gernot Erler, der Russlandkoordinator der Bundesregierung, weist deutlich auf die möglichen Auswirkungen von Sanktionen hin: „Es ist kein Zufall, dass sich die EU noch nicht auf konkrete Maßnahmen festgelegt hat. Da wird es noch einen Abstimmungsprozess geben müssen.
- Denn es ist klar: Ein Land wie Deutschland fügt sich durch die Zustimmung zu Wirtschaftssanktionen auch selbst Schaden zu. 6.200 deutsche Firmen sind in Russland aktiv. Wir haben 20 Milliarden Euro Direktinvestitionen in Russland, das Handelsvolumen betrug im Jahr 2013 76 Milliarden Euro. Von all diesen Zahlen hängen mindestens 300.000 Arbeitsplätze ab. Und es gibt die wechselseitige Abhängigkeit im Energiesektor.“ („Teile der Ukraine sichern“, [Das Parlament](#), 17.03.2014) Allerdings müssen die Wirtschaftskontakte nach Russland in Relation gesehen werden. Das deutsche Außenhandelsvolumen mit den USA war 2013 mit knapp 120 Mrd. Euro substanziell größer (Beziehungen zwischen den USA und Deutschland, Auswärtiges Amt, Stand April 2014).
- 75 Jazenjuks Kamikaze-Kabinett, [Zeit Online](#), 27.02.2014.
- 76 Kronauer 2014.
- 77 Bürgermeister in Kiew - die zweite Karriere des Vitali Klitschko, [Sächsische Zeitung](#), 26.05.2014.
- 78 Ukraine: „Parlamentswahl wird Rechtsparteien stärken, [Der Standard](#), 02.07.2014.
- 79 „‘Eine Revolution? Nein, die Karten werden einfach nur neu verteilt.‘ Der Soziologe Wladimir Ischtschenko, Leiter des Sozialforschungszentrums in Kiew, zeigt schon wenige Wochen nach der Flucht von Janukowitsch und der Amtsübernahme der neuen Regierung offen seine Enttäuschung. ‚Diese Regierung steht für dieselben Werte wie die vorige: Wirtschaftsliberalismus und persönliche Bereicherung. Nicht alle Aufstände sind Revolutionen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Maidan-Bewegung zu tiefgreifenden Veränderungen führen wird und deshalb wirklich als Revolution bezeichnet werden kann. Der seriöseste Kandidat bei der Präsidentschaftswahl am 25. Mai ist tatsächlich der ‚Schokoladenkönig‘ Petro Poroschenko, einer der reichsten Männer des Landes.‘ Während auf dem Maidan die Demonstranten noch unter den Kugeln starben, wurde in den Vorzimmern der Macht bereits der Übergang ausgehandelt - mit den Unternehmern, die in der Ukraine die Kontrolle besaßen.“ (Dérens, Jean-Arnault/Geslin, Laurent: Schwergewichte aus Donezk. Die Revolution in der Ukraine ist eher ein Oligarchenwechsel, [le monde diplomatique](#) (deutsche Ausgabe), 11.04.2014)
- 80 Ehlers, Kai: Roter Faden durch den ukrainischen Dschungel, URL: <http://kai-ehlers.de/texte/artikel-zur-lage/2014-05-07-roter-faden-durch-den-ukrainischen-dschungel-2>
- 81 „Der Unternehmer ist einer der führenden politischen Überlebenden. Der Schokoladenmagnat hatte in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren den damaligen Präsidenten Leonid Kutschma unterstützt, bevor er sich der Bewegung anschloss, die ihn zu Fall brachte. Dann war er Außenminister unter dem ehemaligen Präsidenten Viktor Juschtschenko, der auch Pate seiner Töchter ist. Später wurde er Handelsminister unter Janukowitsch, bevor er die Proteste anführte, die den Präsidenten im Februar zu Fall brachten. Obwohl Poroschenko zum Establishment gehört, verspricht sein Wahlkampfslogan ‚Auf neue Art leben‘ eine Abkehr von der Vergangenheit. Er will die Wirtschaft des Landes retten, indem er ein Handelsabkommen mit der EU eingeht und einen Kredit des Internationalen Währungsfonds aufnimmt.“ (Schokoladenkönig Petro Poroschenko will Ukraine zur Einheit zurückführen, [Wall Street Journal](#), 20.05.2014)
- 82 Originalton Poroschenko mit Blick auf die ukrainischen Oligarchen: „Sie werden keinen Einfluss auf die Politik haben. Punkt.“ („Der einzige Ausweg sind Wahlen – und nicht Maschinenpistolen“, [FAZ](#), 09.05.2014)
- 83 [kai-ehlers.de](#), 09.05.2014.

- 84 Rötzer, Florian: Die Ukraine vor der Wahl – desolat, [Telepolis](#), 23.05.2014.
- 85 Hinzu kommen noch Gelder aus anderen Quellen: „Die Ukraine rechnet damit, insgesamt 27 Milliarden Dollar von ausländischen Gläubigern, darunter vom IWF, der EU, den USA und der Weltbank, zu erhalten.“ (Ukrainischer Premier: Westliche Hilfgelder retteten Ukraine vor Staatsbankrott, [RIA Novosti](#), 06.06.2014)
- So imposant sich das zunächst anhören mag, betrachtet man allein die ukrainischen Gasschulden bei Russland, so relativiert sich dieser Betrag schnell erheblich.
- 86 Für Frieden und Freiheit, [German-Foreign-Policy.com](#), 30.05.2014.
- 87 Pommrehn, Wolfgang: Ukraine: Die Auflagen des IWF, [Telepolis](#), 15.05.2014.
- 88 Wie der Westen ukrainische Reformen sponsert, [Deutsche Welle](#), 08.05.2014.
- 89 Vierertreffen zum Ukraine-Konflikt in Berlin, [Tagesspiegel](#), 01.07.2014.
- 90 [The views and opinions of South-Eastern regions residents of Ukraine](#), Kiev International Institute of Sociology, April 2014.
- 91 Kreml verlangt Garantie für Neutralität der Ukraine, [Spiegel Online](#), 11.04.2014.
- 92 Einzig Österreich scheint sich hierfür erwärmen zu können. Österreich berät Ukraine in Sachen Neutralität, [Spiegel Online](#), 04.04.2014.
- 93 Auch wenn man mit dem Begriff der „Annexion“ vorsichtig sein sollte, worauf etwa Reinhard Merkel (Die Krim und das Völkerrecht, [FAZ](#), 07.04.2014) richtigerweise hingewiesen hat, sollte es dennoch unstrittig sein, dass die Aufnahme der Krim unter völkerrechtswidrigen Umständen erfolgte. Norman Paech (Einseitige Unabhängigkeitserklärung verboten, [Neues Deutschland](#), 14.03.2014) schreibt hierzu: „Offensichtlich gibt es in der Verfassung der Ukraine auch keinen Passus, der eine einseitige Sezession eines Landesteils erlauben würde. [...] Seit langer Zeit, und zwar mit dem Entkolonialisierungsprozess, hat es immer ein Problem der Konkurrenz zwischen der territorialen Unversehrtheit und dem Selbstbestimmungsrecht gegeben. [...] Heute, nach der Dekolonisation, hat die territoriale Integrität Vorrang. Insbesondere natürlich auch das Gewaltverbot, Sezession darf nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Das Selbstbestimmungsrecht für Minderheiten reduziert sich darauf, innerhalb der Grenzen des Staates Autonomie, Selbstverwaltung, föderale Strukturen zu bekommen.“
- 94 Behind the Masks in Ukraine, Many Faces of Rebellion, [New York Times](#), 03.05.2014.
- 95 Zornig in langen Schlangen, [FAZ](#), 11.05.2014.
- 96 Kein Zuckerschlecken, [taz](#), 26.05.2014.
- 97 Der Brief ist dem EU-Krisenmanagementkonzept für die GSVP-Polizeimission als Anhang beigefügt.
- 98 European External Action Service: Revised Crisis Management Concept for a civilian CSDP mission in support of Security Sector Reform in Ukraine, Brussels, 19 June 2014, Absatz 44.
- 99 Ebd., Absatz 73.
- 100 Ehlers 2014.
- 101 Vgl. Brangsch, Lutz: Der Krieg der Oligarchen, in: Luxemburg, Juni 2014.

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist: IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de



Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.